

Freie Bürger sein, keine Untertanen

Das Parteiprogramm der Alternative für Deutschland

A. Präambel: Wofür wir stehen

Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten. Zusammengeführt hat uns die Krise des Euro, der Bruch der europäischen Verträge, der Ausverkauf unserer nationalen Interessen, das Handeln und auch Nicht-Handeln der politischen Führung gegen jede wirtschaftliche Vernunft und gegen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Dem konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen – ebenso nicht dem Schüren längst überwundener Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern durch das Regime der Euro-Rettung.

Zusammengefunden haben wir uns als Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischem Werdegang. Das geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit war, ungeachtet aller Unterschiede, gemeinsam zu handeln und verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse uns als „alternativlos“ glaubt zumuten zu können. Diese vorgebliche Alternativlosigkeit ist nichts weiter als eine Bankrotterklärung.

In langen Debatten und auch heftigen Auseinandersetzungen haben wir uns dafür entschieden, dem Land in allen Bereichen, in denen die herrschende Politik versagt, eine echte politische Alternative zu bieten. Die Euro- und Einwanderungskrise, das Aushöhlen unseres Rechtsstaates, die Entmachtung der gewählten Parlamente, die schrittweise betriebene Entmündigung der Bürger, die gezielte Schwächung von Familie, Bürgerrechten und Eigenverantwortung sind allesamt Folgen dessen, dass sich die zunehmend weniger kontrollierte Macht der politischen Führung verselbständigt hat. Deren selbstherrliche Willkür sind wir nicht länger bereit hinzunehmen.

Entschlossen stellen wir uns den Kräften des alten und neuen Totalitarismus entgegen und verweigern uns dem Weg in die Knechtschaft. Wir sind fest davon überzeugt, dass über die Zukunft unseres Landes keine politische Klasse, nicht die EU-Bürokraten, nicht die Banken und die Finanzindustrie und nicht internationale Organisationen entscheiden dürfen, sondern allein die Bürger selbst. Darum sehen wir die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie als Vorbild an.

1 Wir sind freie Bürger und keine Untertanen. Wir stellen uns gegen einen übermächtigen
2 Bevormundungs- und Ideologie-Staat und gegen die Willkür der politischen Klasse. Wir
3 stellen uns gegen die Kontrolle, Überwachung und Reglementierung aller Lebensbereiche.
4 Wir stellen uns gegen jeden ideologisch motivierten Eingriff in die Privatsphäre und das
5 Familienleben. Wir verteidigen Meinungsfreiheit und freie Debatte, gegen die Versuche sie
6 einzuschränken und auszuhöhlen. Wir stellen uns gegen willkürlich betriebene
7 Masseneinwanderung ohne Rücksicht auf die gewachsene Identität Europas, die auf der
8 Vielfalt und den Besonderheiten seiner Nationen und Regionen beruht.

9 Dem stellen wir entgegen, was wieder herzustellen ist: die Gewaltenteilung und
10 Rechtsstaatlichkeit, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Subsidiarität, die
11 Selbstentfaltung von Familie, Bürgergesellschaft und gelebter Tradition, die Souveränität in
12 der Währungs- und Geldpolitik ebenso wie im Verfügungsrecht über unsere Grenzen. Wir
13 sind überzeugt davon, dass echte Werte und Wohlstand nicht durch Zinsmanipulation,
14 Spekulationsblasen, Bürokratie und Umverteilung zu schaffen sind, sondern durch die
15 Kreativität und Tatkraft von Arbeitnehmern und Unternehmern.

16 Die Entscheidung über die Grenzen, den Zuzug, die Zuwanderung und die
17 Staatsbürgerschaft sind ein unveräußerlicher Bestandteil der Souveränität eines Landes. Die
18 Entscheidungen jedes einzelnen Landes darüber müssen respektiert werden. Demokratie
19 und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer
20 Erinnerungen.

21 Wir bekennen uns zu den freiheitlichen und liberalen Wurzeln des Nationalstaates in
22 Europa, wie sie in den beiden Revolutionen von 1848 und 1989 zum Ausdruck kommen. Die
23 Alternative für Deutschland stellt sich bewusst in diese Traditionslinie. Damals wie heute war
24 das Ziel des bürgerlichen Protestes, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein
25 Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen, die in Frieden, Selbstbestimmung
26 und guter Nachbarschaft einander verbunden sein sollten.

27 Wir, überzeugte Demokraten und freie Bürger, Liberale und Konservative wollen uns mit
28 ganzer Kraft gemeinsam dafür einsetzen werden, unser Land im Geist von Demokratie und
29 Freiheit grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu
30 verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben.

31 **Wofür wir eintreten, um es auf Dauer zu bewahren**

32 - für die Würde eines jeden Menschen

33 - für die abendländische, christliche, Kultur

34 - für die historisch-kulturelle Identität unserer Nation auf Dauer

35 - für ein souveränes Deutschland als Nationalstaat des deutschen Volkes

36 - für die Familie mit Kindern, um die Zukunft Deutschlands für die Deutschen zu sichern

- 1 - für ein friedliches Miteinander der Völker
- 2 - für die freie, die friedliche, aber für eine gegen innere und äußere Feinde wehrhafte
- 3 Demokratie

4 **Was in unserem Programm stets Vorrang hat**

- 5 - die Freiheit der Bürger sichern und schon verlorene Teile der Freiheit wiederbeleben
- 6 - das Recht würdigen und rechtsstaatliches Handeln wieder durchsetzen
- 7 - das Privateigentum achten und dort wieder stärken, wo Recht und Anspruch darauf schon
- 8 aufgeweicht sind
- 9 - unsere Demokratie wiederbeleben und die Bürger auch direkt beteiligen

10

B. Die Kernanliegen der AfD

I. Ein selbstbewusstes, demokratisches und freies Deutschland in Europa und der Welt

1. Demokratie: Volksabstimmungen. Nach Schweizer Vorbild.

Die im Prinzip unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres demokratischen Staates hat sich spätestens mit den Entscheidungen zur Europäischen Union als Fiktion herausgestellt. Heimlicher Souverän ist eine kleine, aber sehr machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Mit einer zunehmenden Professionalisierung der Politik hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet. Deren vordringliches Interesse gilt ihrer Macht, ihrem Status, ihren Posten und ihrem Entgelt. Es ist ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht und die gesamte politische Bildung eisern im Griff hat. Nur das Volk kann diesen selbstherrlichen Gewaltinhabern die illegitime Macht wieder entreißen.

Als einzige Möglichkeit, dem wahren Souverän sein politisches Entscheidungsrecht zurückzugeben, bleiben Volksbegehren und Volksentscheide. Wir wollen sie einführen. Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen. Dieses Recht würde in kürzester Zeit präventiv mäßigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen. Auch Beschlüsse des Parlaments in eigener Sache, beispielsweise über Diäten oder andere Mittelzuweisungen, wären durch den kritischen Prüfstand der Bürger vor Wildwuchs gefeit.

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Das Volk muss das Recht haben, über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen. Besonders der Abgabe nationaler Souveränität an die EU über die Köpfe der Bürger hinweg ist hierdurch der Riegel vorgeschoben. Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen. Eine Begrenzung ergibt sich allein durch das Völkerrecht. Die Schweizer Erfahrung belegt, dass sich die Bürger gemeinwohlorientierter verhalten als Berufspolitiker, selbst wenn ihre Eigeninteressen damit kollidieren. Irrationale Entscheidungen sind eher in rein repräsentativen Demokratien zu beobachten. Wie in der Schweiz wollen wir die Volksabstimmungen bürgerfreundlich und demokratisch gestalten.

Volksabstimmungen können ohne Einschränkung zu jedem Thema stattfinden. Abstimmungsfragen finanzieller Natur sind ausdrücklich erlaubt. Deutschland steht in einigen gesellschaftlichen Themen vor elementaren politischen Weichenstellungen. Die Verantwortung hierfür kann und darf keine Regierung ohne eine unmittelbare Befragung

1 seiner Bürger tragen. Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für
2 die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.

3 **2. Rechtsstaat: Recht durchsetzen. Bürger schützen. Freiheit** 4 **verteidigen.**

5 Wir wollen den Rechtsstaat stärken und dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen.
6 Erstens müssen sich die Bürger auf das Recht und ihr Recht verlassen können. Zweitens
7 müssen sich die Organe und Institutionen des Staats wieder an das Recht halten. Vor einem
8 Staat, der das Recht mit Füßen tritt, sind auch die Bürger nicht sicher.

9 Das ist die Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Sie ist eine
10 Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen
11 in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist
12 Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie.

13 Freiheit und Sicherheit bedingen einander. Es ist nur so viel Freiheit möglich, wie die
14 Sicherheitslage es zulässt.

15 Die Innere Sicherheit in Deutschland nimmt immer mehr ab. Die Ursachen hierfür sind
16 vielfältig. Um die Lage zu verbessern, sind Veränderungen bei Polizei und Justiz
17 erforderlich. Auch sind deren Eingriffsmöglichkeiten an die Herausforderungen anzupassen
18 sowie nicht zuletzt diejenigen Ursachen zu bekämpfen, die zu erhöhter
19 Kriminalitätsbelastung geführt haben und voraussichtlich auch weiter führen werden.

20 **3. Deutschland: Nationale Interessen. Außenpolitisch im Mittelpunkt.**

21 Die Bundesrepublik verfolgt eine orientierungslose Anpassungspolitik. Das führt dazu, dass
22 zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik
23 beeinflussen und steuern. Sicherheitspolitische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in
24 Deutschland und Europa sind erodiert. Deswegen ist Deutschland zunehmend auf den
25 Schutz und die Unterstützung von Bündnispartnern, besonders der USA, angewiesen und
26 kann eigene Interessen nicht angemessen vertreten. Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur
27 deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende
28 Gesamtstrategie zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen
29 und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen.

30 Als eine der großen Wirtschaftsnationen liegt es im deutschen Interesse, zu allen Staaten
31 gute Beziehungen zu entwickeln und zu pflegen. In internationalen Bündnissen und
32 Organisationen mitzuwirken, ist ein Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.
33 Diese Zusammenarbeit wird durch zwischenstaatliche Kooperationen ergänzt.

4. Europäische Union: Europa der Vaterländer. Statt Bundestaat.

Die große Vielfalt der verschiedenen nationalen und regionalen kulturellen Traditionen macht das Besondere unseres Kontinents aus. Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen Bundesstaat umzuwandeln. Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben. Sie lehnt die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ab wie eine EU, aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung. Rechtsstaatliche Strukturen, wirtschaftlicher Wohlstand und ein stabiles, leistungsgerechtes Sozialsystem gehören in die nationale Verantwortung.

Wir unterstützen Strukturreformen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten zu stärken, und wenden uns entschieden gegen eine Transferunion und zentralistische Tendenzen.

Die Politik in Europa ist durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird. Damit die Staaten Europas wieder zu Leuchttürmen für Freiheit und Demokratie in der Welt werden können, ist eine grundlegende Reform der EU erforderlich.

Dafür sind vor allem Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben. Das Subsidiaritätsprinzip ist konsequent einzuhalten.

5. Euro: Rettungspolitik beenden. Über den Euro abstimmen.

Wir fordern eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands im Euro, sofern die EU nicht unverzüglich zu den ursprünglichen Stabilitätsgrundsätzen des Euros zurückkehrt – das heißt zum Vertrag von Maastricht: keine Transferunion, keine Staatsfinanzierung durch die EZB, keine Kollektivhaftung der Mitgliedsstaaten, keine rechtswidrigen Dauerrettungen.

Die heutige Euro-Zone war schon immer und lange vor ihrer politischen Planung in den 1990er Jahren ein Gebiet mit wirtschaftlichen, währungspolitischen und kulturellen Unterschieden. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen hat es sich nicht für eine einheitliche, suprastaatliche Währungsunion geeignet und hätte über die Freihandelszone der EWG nicht hinausgehen dürfen. Die Einführung des Euro war von Anfang an ein rein politisches Projekt. Alle Warnungen von Ökonomen und Historikern wurden ignoriert. Seit 1999 waren die Wechselkurse zwischen den nationalen Wechselkursen im heutigen Euro-Raum festgeschrieben, und es kam zu faktisch einheitlichen Zinssätzen. Damit waren ihm diese zwei marktwirtschaftlich zentralen, unabdingbaren Korrektive genommen, die bis 1998

1 die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Euro-Länder jahrzehntelang erfolgreich
2 ausgeglichen hatten. Dieser notwendige Ausgleich von Produktivitätsunterschieden durch
3 nominale Auf- und Abwertungen wird seitdem durch den Euro verhindert, und die
4 wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Eurostaaten werden dadurch verringert.

5 Nach inzwischen sechzehn Jahren der systembedingt erzwungenen, marktfernen
6 Währungsregulierung ist die Gemeinschaftswährung ohne ständige, massive
7 Vermögenstransfers in solche EU-Staaten, die einer Währungsunion nicht gewachsen sind,
8 nicht mehr überlebensfähig. Der gemeinsame Euro ist eine grundlegende Fehlkonstruktion.
9 Die durch ihn hervorgerufenen Spannungen können schon seit Beginn der Target-Salden-
10 Ausuferung 2008 und besonders seit Beginn der Euro-„Dauerrettung“ 2010 nur noch über
11 interventionistische, rechtswidrige, permanente und weitgehend deutsche Kredithilfen und
12 Haftungsübernahmen oder durch EZB-Käufe von im freien Markt nicht verkäuflichen
13 Staatsanleihen aufrecht erhalten werden. Aber diese Hilfen mittels EFSF, ESM, OMT,
14 Target und Bankenunion behandeln nur die Symptome und kaufen Zeit, anstatt die
15 Ursachen für die struktur- und kostenbedingte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der
16 Wirtschaft und die nicht tragfähige Verschuldung vieler Mitgliedsstaaten zu beheben. Die
17 Nehmerländer der „Rettungsaktivitäten“ werden durch viel zu tiefe Zinsen angereizt, Kredite
18 aufzunehmen, die sie in dieser Höhe von privaten Marktteilnehmern nie erhalten würden.
19 Auf diese Weise wird die in den EU-Verträgen limitierte Schuldentragfähigkeit dieser Länder
20 überspannt mit unabsehbaren Folgen. Die falsche Anreizwirkung der Transferzahlungen
21 verstärken bereits aufgebaute ökonomische und politische Spannungen zwischen den
22 Geber- und Nehmerstaaten sogar noch, so dass die Kosten, den Euro-Raum zu erhalten,
23 seinen Nutzen inzwischen weit übersteigen und die europäischen Integrationsmöglichkeiten
24 überdehnen. Schon mittelfristig sind die politisch-realen und gegen den Willen der Mehrheit
25 der Bürger erzwungenen Dauertransfers keinesfalls durchzuhalten, die Kredit- und
26 Haftungsbeträge sogar für den Hauptgaranten Deutschland zu groß.

27 Die suprastaatliche Rettungspolitik verletzt latent geltendes Recht, darunter das Verbot der
28 Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer
29 Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV). Die zum Teil anderslautenden Urteile des BVerfG
30 - soweit dieses Gericht nicht gleich zugunsten des EuGH komplett auf seine gemäß
31 Grundgesetz eigentlich oberste Rechtsprechungskompetenz verzichtet hat - sind in den
32 entscheidenden Punkten rechtsbeugend zustande gekommen. Die Rettungspolitik bricht
33 zudem alle den Wählern seit den 1990er-Jahren politisch und vertraglich gegebenen
34 Zusicherungen zur „niemals zugelassenen Haftung Deutschlands für Fremdschulden“. Damit
35 sind die wesentlichen Grundlagen der deutschen Zustimmung seinerzeit zur Euro-
36 Einführung entfallen. Nach Art 110 GG sowie nach weiterhin geltender Rechtsprechung des
37 BVerfG (Lissabon-Urteil vom 30.9.2009) gehört die Hoheit über Staatsausgaben auch
38 weiterhin zum „Kernbestand und unveräußerlichen Teil der staatlichen Souveränität“.
39 Darüber jedoch setzen sich EU, EZB und ESM mit ihrer „Rettungspolitik“ ständig hinweg. So
40 sind zum Beispiel die Lenkungs- und Entscheidungsorgane des ESM und der EZB mit
41 Personen besetzt, die ohne jede Rückbindung an demokratisch legitimierte

1 Entscheidungsorgane arbeiten und außerhalb jeglicher zivilrechtlicher Haftung oder
2 strafrechtlicher Verantwortlichkeit gestellt worden sind.

3 Die EU-Politik sogenannter „konditionierter Hilfe“ ist unglaublich, weil es keinen
4 Sanktionsmechanismus für ein Missachten der Auflagen gibt. Da die Euro-Zone den Fall
5 einer Staatsinsolvenz nicht vorsieht, werden heute Kredite selbst dann nicht verweigert,
6 wenn Auflagen für die Kreditvergabe nicht erfüllt sind. Damit sind die Geberländer immer
7 erpressbar – ein gravierender Konstruktionsfehler dieser Politik.

8 Der Euro beschädigt das hohe Gut des friedlichen Zusammenlebens der Völker in den Euro-
9 Staaten. Er erzeugt Missgunst und sogar Hass, wie jedermann seit Jahr und Tag feststellen
10 kann. Da Krisenländer unter dem Dach der Einheitswährung gezwungen sind, ihre
11 Wettbewerbsfähigkeit durch reale, „interne Abwertungen“ und eine damit verbundene
12 energische Sparpolitik („Austeritätspolitik“) wieder herzustellen statt dafür eigene
13 Währungsspielräume auszunutzen, sind innereuropäische Spannungen eine
14 systembedingte Folge des Euro.

15 Der Euro und die damit zusammenhängenden „Rettungsmaßnahmen“ oder gar Vorschläge
16 für eine „EU-Wirtschaftsregierung“ sind illegitime und illegale Eingriffe in die demokratischen
17 Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten. Die bereits derzeit aufgetürmten
18 Haftungsrisiken in Höhe dreistelliger Milliardenbeträge waren zu keiner Zeit Gegenstand der
19 Haushaltsberatungen nationaler Parlamente. Der Euro kann und darf als kontinentales
20 Großexperiment nicht fortgeführt werden. Das Vermächtnis aus der Geschichte Europas ist
21 der demokratische Rechtsstaat und ein friedliches Miteinander souveräner Staaten und nicht
22 eine ökonomisch und politisch zum Scheitern verurteilte Währungsunion.

23 Die AfD schlägt darum nicht mehr vor, das inzwischen erkennbar unrettbare Euro-System zu
24 verbessern, sondern setzt sich dafür ein, die deutsche Mitwirkung an der wirtschaftlich und
25 rechtlich falschen Fortsetzung dieser „Rettungs“-Politik zu beenden und - bei mangelnder
26 Einsicht der Partnerstaaten - aus dem Euro-Verbund auszusteigen. Alternativ zum
27 deutschen Austritt kann eine gemeinsame geordnete Auflösung angeboten werden. Die AfD
28 ist sich bewusst: Die Rückabwicklung einer fast 20-jährigen Fehlentscheidung wird
29 schmerzhaft – doch sie ist erstens unvermeidbar, und zweitens macht es in einem System,
30 in dem jeder weitere garantierte Kredit etwa für Griechenland mit absoluter Sicherheit
31 verloren ist, keinen Sinn mehr, schlechtem (da verlorenem) Geld noch mehr gutes
32 hinterherzuwerfen. Die mit diesem Ausstieg verbundenen einmaligen Kosten werden
33 beherrschbarer und niedriger sein als die, um im Euro-Verbund zu verbleiben. Jeder
34 Aufschub einer solchen Problemlösung erhöht die Risiken kontinuierlich.

35 Dafür, wie die bereits aufgelaufenen deutschen Haftungs- und Forderungsbeträge zu
36 behandeln sind, bestehen für alle Beteiligten durchaus verschiedene Varianten, die Grund
37 und Anlass geben, über diese Altlasten und Ausstiegskonditionen zu verhandeln. Die
38 Verhandlungen sollte Deutschland führen – der Ausstiegsbeschluss als solcher jedoch wird
39 dabei unberührt bleiben.

1 Eine Bundesregierung mit AfD-Beteiligung muss in diesem Fall das Recht in Anspruch
2 nehmen, die Vereinbarungen über die Euro-Währungsunion fristlos zu kündigen und sich
3 dabei auf den Fortfall der Geschäftsgrundlage zu berufen. Ein Austritt Deutschlands aus der
4 Währungsunion ist aus nationalem und auch europäischem Interesse unausweichlich. Das
5 Bundesverfassungsgericht hat in seinem Maastricht-Urteil (1993) konstatiert, dass einem
6 Ausscheiden Deutschlands keine institutionellen Vorkehrungen entgegenstehen, wenn das
7 Ziel einer Stabilitätsgemeinschaft verfehlt wird. Deutschland wird sehr deutlich machen, dass
8 der Austritt nicht gegen die Partnerländer gerichtet ist, sondern dass es um die Korrektur der
9 katastrophalen Fehlentwicklung des Euro zum Wohle aller Länder der Euro-Zone geht.
10 Generell verlieren dann alle Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit der
11 Gemeinschaftswährung Euro stehen, für Deutschland ihre Gültigkeit. Der ESM vergibt sofort
12 keine neuen Kredite mehr, die mit dem deutschen Anteil besichert sind, und er wird für
13 Deutschland abgewickelt. Die anderen Rettungsmechanismen laufen für Deutschland aus.
14 Zahlungen in die aktuellen Rettungsinstrumente werden auf die konkret gegebenen
15 Zusagen begrenzt.

16

1 ***II. Ein Ruck muss durch Deutschland gehen***

2 Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die erst
3 zu seinem Wirtschaftswunder und dann zu seinem jahrzehntelangen sozialen,
4 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben. Deutschlands Staatsapparat
5 hat ein seitdem ungutes Eigenleben entwickelt. Die Aufgabenverteilung entspricht nicht
6 mehr den Grundsätzen der Gewaltenteilung. Zudem ist er über seine guten Grenzen
7 hinausgewuchert. Die staatlichen Organe wieder an ihren Auftrag zu binden und den Staat
8 an seine Kernaufgaben zu erinnern, ist wesentlicher Teil unserer Politik.

9 **1. Staat: Stark in den Kernkompetenzen. Für den Bürger.**

10 Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat. Nur ein schlanker Staat kann
11 daher ein guter Staat sein. Nur ein schlanker Staat, der sich auf das Wesentliche
12 konzentriert, kann ein starker Staat sein. Erforderlich ist ein vom Staat garantierter
13 Ordnungsrahmen, in dem sich die Bürger frei entfalten können.

14 Die ständige, teils ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle
15 und faktische Grenzen. Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die
16 vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und
17 Finanzverwaltung.

18 Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung. Wir wollen
19 prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere
20 Organisationsformen ersetzt werden können.

21 **2. Wettbewerb: Schafft Freiheit. Sicher Chancen und Wohlstand.**

22 Im marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten Leistungen. Das Angebot, das
23 sowohl Anbietern als auch Nachfragern den größten Vorteil verspricht, setzt sich dauerhaft
24 durch. Deshalb sagt die AfD: Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto
25 besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, sich zu entfalten und selbst zu
26 bestimmen, privates Eigentum an Gütern und Produktionsmitteln erwerben zu können,
27 eigenverantwortlich Verträge zum eigenen Wohl und zum allgemeinen Vorteil zu schließen,
28 zwischen verschiedenen Anbietern, Angeboten oder Arbeitsplätzen wählen zu können,
29 ertragsbringende Chancen zu nutzen, aber auch für ein mögliches Scheitern einzustehen.

30 Voraussetzung jeglichen wirtschaftlichen Wettbewerbs sind gleiche und eindeutige Regeln
31 für alle Marktteilnehmer unabhängig von deren Größe oder Rechtsform sowie staatlich
32 garantierte Rechtssicherheit. Gegebenenfalls erforderliche staatliche Eingriffe – zum
33 Beispiel um Monopole zu verhindern – sind auf das absolut notwendige Minimum zu
34 begrenzen und müssen für in- und ausländische Investoren kalkulierbar sein. Das
35 durchzusetzen ist Aufgabe der Wettbewerbspolitik.

3. Steuern: Gerecht durch AfD-Stufentarif. Grundfreibetrag erhöhen.

Wir wollen Deutschland reformieren. Das geht nicht ohne eine drastische Reform des Steuerrechts. Wir werden nicht aufgeben, für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem einzutreten, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet. Wir wollen einen neuen Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einen deutlich höheren Grundfreibetrag. Der Grundfreibetrag soll an das pfändungsfreie Einkommen angepasst werden. Der geltende Steuertarif führt zu Ungerechtigkeiten und zu versteckten Steuererhöhungen durch die sogenannte "kalte Progression". Die kalte Progression wollen wir durch Indexierung des Stufentarifs beseitigen. Die Indexierung erfasst den Grundfreibetrag und die abzugsfähigen Pauschalen, um schleichende Steuererhöhungen zu vermeiden.

Die AfD strebt eine rechtsformneutrale Besteuerung an. Damit entfallen rein steuerliche Motive für komplexe gesellschaftsrechtliche Strukturen mit zusätzlichem Arbeitsaufwand bei Unternehmen und Behörden. Gewinne aus unternehmerischen Tätigkeiten bei den Gesellschaftern und Einzelunternehmern sollen rechtsformunabhängig über alle Ebenen einer identischen Ertragsteuerbelastung unterliegen.

4. Familie: Keimzelle unserer Gesellschaft. Unter dem Schutz des Grundgesetzes.

Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren. Die Familie aus Vater, Mutter und Kind als Keimzelle der Gesellschaft zu verstehen und den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden.

Staatliche Institutionen wie Krippen, Ganztagschulen, Jugendämter und Familiengerichte greifen immer in das Erziehungsrecht der Eltern ein. Gender Mainstreaming und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die "nur" Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Diese natürliche Gemeinschaft bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt.

1 Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und
2 möglichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. Wenn ein Elternteil die Erziehungsleistung allein
3 tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung.

4 **5. Innere Sicherheit: Polizei stärken. Strafjustiz verbessern.**

5 Die Polizei ist ausgezehrt: Jahrelange sogenannte „Polizeireformen“ haben zu einem
6 deutlichen Personalabbau geführt. Dies führte in allen Bereichen zu unzumutbaren und
7 unverantwortlichen Mangelsituationen. Daher sind, um sie zu beheben, die Stellenpläne im
8 erforderlichen Maß aufzustocken und die sachliche Ausrüstung auf den modernsten Stand
9 zu bringen. Zur besseren Evaluierung ist eine Kriminalstatistik ohne politische Vorgaben als
10 möglichst getreues Abbild der Realität zu erstellen und durch eine Dunkelfeldstudie zu
11 ergänzen.

12 Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine
13 Wiederherstellung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger
14 ein. Die Justiz muss in allen Bereichen wieder schneller und zuverlässiger arbeiten, aber
15 auch wieder effektiveren Rechtsschutz bieten.

16 Auf volljährige Täter ist das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden, das Strafmündigkeitsalter
17 auf zwölf Jahre zu senken.

18 Wir sind dafür, das Anordnen der Untersuchungshaft schon dann möglich zu machen, wenn
19 der dringende Tatverdacht eines Verbrechens im Sinne des § 12 Abs. 1 StGB besteht.

20 Die Strafjustiz hat derzeit mit einer Strafprozessordnung zu arbeiten, die noch aus dem
21 19. Jahrhundert stammt. Sie ist personell zu stärken, die Verfahren sind durch geeignete
22 Verfahrensmaßnahmen zu beschleunigen, doch dabei selbstverständlich die
23 verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein faires Verfahren zu wahren. Die Möglichkeiten
24 des Strafbefehlsverfahrens sind ebenso wie die des beschleunigten Strafverfahrens zu
25 verbessern. Das Rechtsmittelsystem ist so zu gestalten, dass zügige Entscheidungen
26 möglich werden, indem insbesondere Urteilsaufhebungen und Zurückweisungen zur
27 Neuverhandlung abgeschafft werden.

28 **6. Asyl: Aufnahme sofort stoppen. Aufnahmезentren außerhalb** 29 **Europas. Institutsgarantie statt Grundrecht.**

30 Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa zu Maßnahmen heraus. Die
31 jetzige deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik kann nicht weitergeführt
32 werden. Die AfD differenziert zwischen Flüchtlingen und Migranten. Migranten werden
33 anders als Flüchtlinge nicht verfolgt.

34 Die aktuelle Politik bringt Flüchtlingen wie Migranten einerseits den Tod. Andererseits führt
35 sie zu einer ebenso unaufhaltsamen wie rasanten Besiedelung Europas und besonders
36 Deutschlands durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen. Die AfD will die daraus

1 entstehende konkrete Gefahr sozialer und religiöser Unruhen verhindern und wendet sich
2 gegen das schleichende Erlöschen der europäischen Kulturen.

3 Alle nationalen Grenzen, an denen eine unkontrollierte, „wilde“ Zuwanderung stattfindet, sind
4 zu schließen. Personen, die sich illegal auf deutschem Hoheitsgebiet aufhalten, weil sie
5 keine Asylanträge gestellt haben oder ihre Identität verschleiern, sind außer Landes zu
6 bringen.

7 Das Dublin-Abkommen und die europäische Asylpolitik sind wegen des Vertragsbruchs der
8 südlichen EU-Länder gescheitert. Die AfD setzt sich für eine vollständige Schließung der
9 EU-Außengrenzen ein. Rechtsverfahren, um Asyl oder einen anderen Schutzstatus zu
10 erlangen, der mit einem inländischen Aufenthaltsrecht verbunden ist, werden in Deutschland
11 nur durchgeführt, sofern Deutschland nach der Dublin-III-VO für die Asylverfahren originär
12 zuständig ist. Dies gilt, bis die EU-Staaten einen gesamteuropäischen Lastenausgleich bei
13 der Verteilung von Flüchtlingen und Transferzahlungen vereinbart haben. Transferzahlungen
14 sind an die Funktionalität der Auffangzentren zu koppeln. Sollte eine solche Vereinbarung
15 nicht zeitnah erreicht werden können, sind alle Antragsteller in die Länder zurückzuweisen,
16 aus denen sie nach Deutschland gekommen sind. Dann sind auch die nationalen Grenzen
17 wieder zu schließen.

18 Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht abschaffen und an seine Stelle die
19 grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie) setzen. Für
20 Asylbewerber will sie einen Aufnahmestopp. Für vorgeblich aus politischen und anderen
21 Gründen geflüchtete Personen will sie Schutz- und Asylzentren unter UN- oder EU-Mandat
22 in afrikanischen und nahöstlichen Transitstaaten sowie jenseits der östlichen EU-
23 Außengrenzen eingerichtet sehen. Anträge auf Schutz sollen dann nur dort gestellt und
24 entschieden werden. Antragsteller in Deutschland und Europa sind ausnahmslos zur
25 Rückkehr in diese Zentren verpflichtet. Die Genfer Konvention von 1951 und andere
26 Abkommen sind durch eine Absenkung der Schutzstandards an die globalisierte Neuzeit
27 anzupassen.

28 **7. Rückführung: Ausreisepflicht durchsetzen. Konsequenz.**

29 Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem
30 einzuwandern, ist bereits seit Jahrzehnten die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht
31 gegenüber Ausländern, die unter keinem Gesichtspunkt bleibeberechtigt sind.

32 Rückführungen in die Herkunftsländer werden auf mannigfache Weise sabotiert. Daran
33 beteiligt sind die Ausreisepflichtigen, inländische Helfer und teilweise die Herkunftsländer.
34 Auf ein Bleiberecht zielen Kampagnen der Zuwanderungslobby und Medien.
35 Landesregierungen halten sich nicht an das Bundes-Abschieberecht, verschleppen seine
36 Durchsetzung und setzen es vielfach praktisch außer Kraft.

37 Die AfD will diese Sabotage des Rechtsstaats beenden. Sie fordert, das Abschieberecht
38 konsequent anzuwenden und will es ertüchtigen und vereinfachen. Die Ausländerbehörden

müssen zudem auf die uneingeschränkte Rückendeckung der Politik vertrauen können. Alle rechtskräftig abgelehnten Bewerber um Asyl oder um einen Status als Flüchtling oder einen subsidiären Schutzstatus sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht entsprechende Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen.

Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern muss jeder Anreiz zum Bleiben genommen werden. Dazu gehört auch, ihre Lebensumstände einzuschränken. Staatliche Transferleistungen werden eine angemessene Zeit nach der Ausreiseaufforderung nicht gekürzt, sondern gestrichen. Wir wollen die beharrliche Obstruktion bei der Passbeschaffung und Täuschung der Behörden mit empfindlichen Strafen ahnden. Wir wollen Altfall- und Bleiberechtsregelungen streichen, denn sie konterkarieren diese Absicht.

Eine freiwillige Ausreise ist besser als eine Abschiebung. Gerade wer aus rein wirtschaftlichen Motiven Asyl in Deutschland beantragt hat, kann - u.U. finanziell unterstützt - zur freiwilligen Rückkehr bewogen werden, ohne dass dies zu einem Anspruchsdenken führen darf.

8. Islam: Gehört nicht zu Deutschland.

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch- christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen. Die Rechtsvorschriften der Scharia sind mit unserer Rechtsordnung und unseren Werten unvereinbar

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Herausforderung für unseren Staat. Ein orthodoxer Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisieren.

9. Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden. Umwelt schützen.

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf untauglichen Computer-Modellen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

Der IPCC hat den Auftrag nachzuweisen, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu

beruft man sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden. Solange die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Computermodelle können diese Klimaänderungen nicht erklären.

Im 20. Jahrhundert stieg die globale Mitteltemperatur um etwa 0,8 Grad. Seit über 18 Jahren gibt es jedoch im Widerspruch zu den IPCC-Prognosen keinen Anstieg, obwohl in diesem Zeitraum die CO₂-Emission stärker denn je gestiegen ist.

IPCC und deutsche Regierung unterschlagen jedoch die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.

Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO₂-Konzentration zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden.

Die AfD sagt daher Ja zum Umweltschutz, macht aber Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und „Transformation der Gesellschaft“. Das Stigmatisieren des CO₂ als Schadstoff werden wir beenden und alle Alleingänge Deutschlands zum Reduzieren der CO₂-Emissionen unterlassen. CO₂-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.

10. Erneuerbare-Energien-Gesetz: Abschaffen. Nicht reformierbar.

Jede erfolgreiche Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen. Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang war im deutschen Energieversorgungs-System immer gegeben, wurde aber mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aufgegeben.

Das EEG und die Energiewende gefährden die Stromversorgung. Sie treiben technisch bedingt den Strompreis hoch. Windkraftanlagen zerstören das Bild unserer Kulturlandschaften und sind für Vögel eine tödliche Gefahr.

Der von Wind und Sonne erzeugte Strom schwankt beständig zwischen Null und voller Leistung. Die installierte Leistung dieser volatilen Stromerzeuger beträgt bereits mehr als 80 Gigawatt und müsste daher ausreichen, Deutschland selbst bei maximalem Verbrauch vollständig mit Strom zu versorgen. Real aber haben diese „EE-Anlagen“ 2014 im Durchschnitt nur knapp 15 Prozent ihrer Nennleistung geliefert, an 90 Tagen im Jahr sogar

1 weniger als fünf Prozent. Deshalb können diese Anlagen kein einziges herkömmliches
2 Großkraftwerk ersetzen. Außerdem erzwingen sie einen massiven Ausbau der
3 Leitungsnetze, der zu weiteren erheblichen Kosten führt. Die steigende Zahl der volatilen
4 Stromerzeuger gefährdet zunehmend die Netzstabilität. Entsprechend hoch ist die Zahl der
5 stabilisierenden Netzeingriffe gestiegen, die nötig wurden, Stromausfälle bis hin zum
6 Totalausfall zu vermeiden.

7 Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft.
8 Begründet mit dem „Klimaschutz“ werden die sonst nicht marktfähigen Anlagen massiv
9 subventioniert. Das geschieht durch staatliche Zwangsvermarktung mittels
10 Vorrang einspeisung und zwanzigjähriger garantierter Einspeisevergütung. Die Kosten dieser
11 Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden Euro jährlich werden mittels EEG-Umlage
12 auf die Verbraucher abgewälzt. Der Strompreis hat sich in den letzten zehn Jahren bereits
13 verdoppelt. Ein Ende dieses Preisanstiegs ist nicht absehbar. Im Ergebnis findet eine
14 gigantische Umverteilung von Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu
15 den wenigen Subventionsgewinnern.

16 Trotz der immer höheren Zahl an EE-Anlagen ist der CO₂-Ausstoß seit 2000 wegen des
17 abrupten Ausstiegs aus der Kernenergie unverändert geblieben. Große Flächen, auch in
18 Wäldern, verwandeln sich durch EE-Anlagen in Industriegebiete - mit allen nachteiligen
19 Auswirkungen auf die Natur und die Menschen. Das Gleiche vollzieht sich jetzt mit dem
20 Ausbau der Hochspannungsnetze. Das Errichten weiterer EE-Anlagen stößt an Grenzen.

21 Flächendeckender Starkwind an wolkenlosen Tagen führt schon jetzt zu nicht nutzbarem
22 Stromüberschuss. Gegenteilige Wetterlagen führen zu elektrischer Unterversorgung, die
23 sich nur durch konventionelle Erzeugung ausgleichen lässt. Überschussstrom zu nutzen,
24 wäre nur mit großen Stromspeichern möglich. Aber die gibt es nicht. Es gilt der Satz: „Ohne
25 große Stromspeicher ist die Energiewende nicht möglich, *mit* großen Stromspeichern ist sie
26 nicht bezahlbar.“

27 Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Es darf kein Tabu sein, den
28 Umfang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen. Die AfD
29 will einzelne Energieträger politisch weder bevorzugen noch benachteiligen. Wir wollen die
30 Vorrang einspeisung von Strom generell abschaffen. Quoten-/Auktionsmodelle, um mit ihnen
31 staatlich-planwirtschaftliche Ziele in der Energiepolitik durchzusetzen, lehnen wir ab.
32 Netzkosten sind auf alle Stromerzeuger verursachungsgerecht umzulegen. Die Stromsteuer
33 wollen wir streichen und so die Stromkunden sofort entlasten. Unser Ziel ist es, das
34 deutsche Stromversorgungssystem wieder auf jenen Stand der Technik bringen, der eine
35 sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Stromversorgung sicherstellt.

1

2 **C. Unser Programm im Detail**

3 ***I. Die Leitkultur***

4 Uns leitet die Idee eines freien Deutschlands in der Welt. Die freiheitlich-demokratische
5 Ordnung des Grundgesetzes ist unser Wegweiser. Wir wollen Chancengerechtigkeit,
6 Wohlstand für alle, Freiheit, Sicherheit, Selbstverantwortung und einen sozialen Rahmen zur
7 Selbstverwirklichung, die dort enden muss, wo Rechte Dritter beeinträchtigt werden. Das
8 Grundgesetz verspricht Meinungsfreiheit, ein rechtsstaatliches System, innere und äußere
9 Sicherheit sowie den Schutz der Familie. Dazu brauchen wir eine ebenso schlanke wie
10 effiziente öffentliche Verwaltung und eine moderne Infrastruktur. Der Staat ist nicht Spieler,
11 sondern Schiedsrichter und Garant der sozialen Marktwirtschaft. Das alles ist undenkbar
12 ohne die Unabhängigkeit und konsequente Gewaltenteilung in die drei Staatsgewalten
13 Legislative, Exekutive und Judikative. Wir sehen eklatante Defizite, die wir korrigieren
14 wollen.

15 Hervorgegangen aus einer breiten zivilgesellschaftlichen Protestbewegung gegen die
16 verfehlte Euro-Rettungspolitik aller im Bundestag vertretenen Parteien, verkörpert die AfD
17 heute in Deutschland eine Renaissance bürgerschaftlichen Engagements. Sie ist die Partei
18 bürgerlichen Verantwortungsbewusstseins. Dabei geht es im Kern darum, rechtsstaatliche
19 Standards wieder durchzusetzen und sich auf die bewährte freiheitlich-demokratische
20 Grundordnung und Soziale Marktwirtschaft zurückzubessern. Wir treten dafür ein, Recht
21 und Ordnung überall dort wieder herzustellen, wo das selbstgesetzte Recht gebrochen und
22 die demokratische Ordnung verbogen worden ist. Denn, „nimm das Recht weg, was ist dann
23 ein Staat nur noch anderes als eine große Räuberbande.“ (Augustinus, De Civitate Dei).

24 **1. Unser Menschenbild: Der Mensch ist frei.**

25 Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild, das sich
26 der Freiheitschancen, aber auch der Gefährdungen des Menschen stets bewusst bleibt. Wir
27 glauben nicht an die Verheißungen moderner politischer Ideologien oder an die Heraufkunft
28 eines besseren, eines ‚Neuen Menschen‘. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer
29 Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend
30 und gefährlich.

31 Die geschichtliche Entwicklung bleibt unabschließbar offen für überraschende
32 Entwicklungen und Aufbrüche, aber auch für Krisen und Katastrophen. Insofern wird es auch
33 niemals ein ‘Ende der Geschichte’ geben, also eine Situation, in der Politik gänzlich aufhört,
34 und das Ringen um den richtigen politischen Weg überflüssig wird. Freiheit, Stabilität und
35 wirtschaftliches Wohlergehen müssen in jeder Generation aufs Neue errungen und gesichert
36 werden.

2. Unser Politikverständnis: Common Sense. Mündige Bürger.

Eine realistische Politik sollte sich der Unvollkommenheit und Vorläufigkeit ihrer möglichen Ergebnisse stets bewusst bleiben. Sie sollte einkalkulieren, dass kein noch so kluger politischer Akteur eine vollständige Kenntnis der Bedingungen und Möglichkeiten seines Handelns erlangen kann. Die auf vielen Politikfeldern durch die Alt-Parteien propagierte Alternativlosigkeit vermeintlicher Sachzwänge halten wir für in hohem Maße demokratie- und rechtsstaatsgefährdend. Rechtsstaatsprinzip und Vertragstreue sowie demokratische Legitimation haben für uns Vorrang vor kurzfristigem Erfolgsdenken. Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes‘ setzen wir auf den Common Sense, auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Richtschnur unseres Handelns ist die Grundüberzeugung, dass die Bürger das politische Geschehen so weit wie möglich selbst mitbestimmen können sollen. Sofern Politik gesellschaftliche Veränderungen anstößt, ziehen wir behutsame Reformen einem abstrakten Konstruktivismus vor.

3. Unsere Gesellschaft: Tradition, Ehe und Familie. Bewahren.

Uns ist es wichtig, gewachsene Traditionen und bewährte Institutionen zu schützen. Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhang und genießen daher nach unserer Auffassung zu Recht den besonderen Schutz des Staates. Kulturelle und regionale Traditionen geben den Menschen Halt und Bindung.

4. Unser Staat: Ordnungsrahmen. Für Frieden und Freiheit.

Die Hauptaufgabe der staatlichen Ordnung liegt in ihrer friedens- und freiheitssichernden Funktion. Der Staat hat an erster Stelle den Ordnungsrahmen zu garantieren, in dem wir uns bewegen. Die größte Gefahr für staatliches Handeln sehen wir darin, dass sich der Staat in immer mehr Lebensbereiche einmischt und dabei den Kernbereich öffentlicher Sicherheit aus dem Auge verliert. Regelungen, die die Entfaltung des Einzelnen über das notwendige Maß hinaus hemmen, gefährden den freiheitlichen Charakter unserer Grundordnung.

5. Unsere Marktwirtschaft: Frei. Nach Ludwig Erhard.

Anknüpfend an unsere Vorstellungen von der Rolle des Staates plädieren wir im Bereich der Wirtschaft für eine Ordnungsethik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Erhard umgesetzt wurde. Zentrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle. Jede Form von Eingriffen staatlicher Planwirtschaft führt früher oder später zu Fehlallokationen und Korruption. Dabei gilt für uns wie für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft: Wirtschaft ist immer Mittel zum Zweck,

niemals Selbstzweck. Die größte Hypothek für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft stellt unseres Erachtens gegenwärtig die beispiellose Euro-Rettungspolitik der Staaten des Euro-Währungsverbundes und die Manipulation der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank dar. Hier werden grundlegende Marktmechanismen wie der Zusammenhang von Sparen und Investieren ausgehebelt, Haftungsgrundsätze verletzt und das Verhältnis von Schuldern und Gläubigern einseitig verzerrt.

6. Unsere Werte: Bürgerliche Tugenden. Patriotismus. Schöpfung.

Vor dem Hintergrund dessen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt fragiler wird, plädieren wir dafür, die klassischen bürgerlichen Tugenden wie Fleiß, Achtung gegenüber dem Gesetz zu stärken, ebenso gegenseitige Nachbarschaftshilfe und die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement. Sie alle sind die Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben. Mit dem Stärken des Wertebewusstseins möchten wir dazu beitragen, einen geistigen Schutzraum für die familiären Bindungen und ein eigenverantwortliches Leben zu erhalten. Dazu gehören unseres Erachtens auch Chancen der Selbstversicherung durch religiöse Überzeugungen, Heimatliebe und Patriotismus. Sie stärken den Zusammenhalt unseres freiheitlichen Staates, der von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Wir bekennen uns darüber hinaus dazu, die natürlichen Lebensgrundlagen ebenso zu bewahren wie die gewachsene kulturelle Vielfalt unserer Lebensräume.

II. Die Macht der Parteien begrenzen

Das im Grundgesetz postulierte Prinzip der Gewaltenteilung wurde unzureichend umgesetzt. Vielmehr entspricht die Organisation der Staatsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland in weiten Teilen noch dem kaiserlichen Obrigkeitsstaat.

1. Neutrale Institutionen: Weisungsfreie Staatsanwälte. Unabhängige Richter. Parteiferne Rechnungshöfe.

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsanwälten zurückdrängen und verhindern. Auch wollen wir die Praxis ändern, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Justizminister berichtspflichtig ist. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Justiz ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten. Insbesondere die Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

2. Amt und Mandat: Voneinander trennen.

Jeder Beamte muss beim Eintritt in ein deutsches Parlament - dem Prinzip der Gewaltenteilung folgend - sein Beamtenverhältnis ruhen lassen. Aber ausgerechnet bei den

Spitzen der Exekutive ist dieses Prinzip ausgesetzt. Die AfD will hier gegensteuern. Wer Parlamentarier ist, kann nicht Teil der Exekutive sein und umgekehrt. Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister sind ersatzlos abzuschaffen. Minister, Kanzler und Ministerpräsidenten können nicht zugleich Parlamentsmitglieder sein. Die Funktionen von „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung sind ebenfalls abzuschaffen, von Ministerialdirektoren bis hin zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu sein. Beamten- und Richterstellen sind nach Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Artikel 33 Absatz 2 GG). Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden.

3. Direkte Demokratie: Referenden und Gesetzesinitiativen.

Wir wollen die Demokratie und die demokratischen Bürgerrechte stärken. Wir wollen Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU. In Artikel 20 Absatz 2 unseres Grundgesetzes heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Elemente direkter Demokratie sind also im Grundgesetz schon verankert. Wir wollen ihnen - als Ergänzung zum parlamentarischen System - Geltung verschaffen. Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. Es sollen fünf Arten von Volksentscheiden sein:

Obligatorische Referenden soll es zum Beispiel geben bei irreversibel völkerrechtlich verbindlichen Entscheidungen, bei Souveränitätsabtretung an die EU oder Ausweitung der EU (beispielsweise Aufnahmeantrag Türkei), bei Währungsfragen mit Haftungsverpflichtungen, die einen erheblichen Anteil des Haushaltsvolumens überschreiten, bei Territorialveränderungen, bei erheblicher Staatsverschuldung sowie bei Verfassungsänderungen

Fakultative Referenden sollen es ermöglichen, vom Parlament verabschiedete Gesetze innerhalb einer festzulegenden Frist zu ändern oder rückgängig zu machen. Hierbei ist ein dreistufiger Prozess über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid zu beachten. In Anlehnung an das Schweizer Vorbild sind Unterschriften von 1 Prozent der Wähler notwendig, um ein fakultatives Referendum zu starten.

Gesetzesinitiativen durch Stimmbürger haben eigene Gesetzesvorlagen zum Gegenstand und können durch jedermann angestoßen werden. Auch hierbei ist ein dreistufiger Prozess über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid zu beachten. In Anlehnung an das Schweizer Vorbild sind Unterschriften von 2 Prozent der Wähler notwendig.

Finanzreferenden sehen fakultative Volksabstimmungen vor sowie obligatorische, wenn eine bestimmte Ausgabenhöhe im Staatshaushalt überschritten oder der Haushalt defizitär geworden ist.

1 Durch eine bürgerfreundliche Gestaltung der Volksabstimmungen wird die direkte
2 demokratische politische Mitbestimmung des Volkes sichergestellt und der sonst ausufernde
3 Machtanspruch der Parteien in die Schranken gewiesen. Im Volksentscheid entscheidet die
4 Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Verfassungsänderungen bedürfen einer Zwei-Drittel-
5 Mehrheit der abgegebenen Stimmen bei angemessener Bürgerbeteiligung. Die Erfahrung
6 u.a. der Schweiz zeigt, dass keine Gefahr der Minderheitendominanz besteht. Das
7 dreistufige Verfahren mit Unterschriftensammlung macht es wahrscheinlich, dass nur
8 relevante Vorgänge zur Abstimmung kommen. Mit Quoren besteht zudem die Gefahr, dass
9 ein Thema gezielt „totgeschwiegen“ wird. Erörternde Abstimmungsbücher als
10 Informationsgrundlage haben sich bewährt. Unterschriften für Initiativen können per
11 Präsenzunterschrift, Brief und in sicheren digitalen Medien gesammelt werden, auf Einzel-
12 oder Sammelformularen. Die Sammelfrist für die Unterstützung einer Initiative beträgt
13 achtzehn Monate. Zuständig für das Prüfen der Rechtmäßigkeit der Unterschriften ist die
14 jeweilige Gebietskörperschaft. Die formell zustande gekommene Initiative wird spätestens
15 nach drei Monaten im Parlament beraten und spätestens sechs Monate nach Beginn der
16 Beratung dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Volksentscheide sollen nach Möglichkeit mit
17 allgemeinen Wahlen zusammengelegt werden. Zulässig ist auch die Briefwahl.
18 Abstimmungslokale sind analog zu Parlamentswahlen zur Verfügung zu stellen.
19 Volksabstimmungen können ohne Einschränkung zu jedem Thema stattfinden.
20 Abstimmungsfragen finanzieller Natur sind ausdrücklich erlaubt.

21 Diese skizzierten Elemente der direkten Demokratie sind je nach Zuständigkeit auf Bundes-,
22 Landes- und analog kommunaler Ebene einzuführen.

23 **4. Parteien: Macht beschneiden. Finanzierung begrenzen.**

24 Parteien sollen am politischen System mitwirken, es aber nicht beherrschen. Die Allmacht
25 der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Sie ist
26 Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der
27 gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdictats. Nur direkt-
28 demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das
29 demokratische System integrieren. Die Parlamentarier haben längst die Macht und
30 Entscheidungsfreiheit, aber auch den Anspruch verloren aus dem Kartell der Staatsparteien
31 auszubrechen.

32 Die Parteienfinanzierung muss verfassungskonform und auf einen angemessenen Umfang
33 begrenzt sein. Seit der staatlichen Teilfinanzierung, vormals Wahlkampfkostenerstattung,
34 1959 haben sich die etablierten Parteien steuerfinanzierte Einnahmen genehmigt, die von
35 anfänglich 10,2 Millionen auf nunmehr 159,2 Millionen Euro gestiegen sind. Zusätzlich
36 haben die Politiker mit phantasiereichen Umgehungsmanövern die einschränkenden Urteile
37 des Bundesverfassungsgerichts umschifft und weitere Quellen zur Ausbeutung des Staates
38 erschlossen, wie zum Beispiel die Zuschüsse für die Parteienstiftungen sowie EU-
39 Zuschüsse und Mittel für Abgeordnetenmitarbeiter. Diese verdeckte Parteienfinanzierung ist
40 gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro

1 aus, also das Vierfache der eigentlichen – verfassungsgerichtlich gedeckelten –
2 Parteienfinanzierung.

3 Die AfD will für die Gesamtheit der von den Parteien erschlossenen Finanzquellen eine
4 Obergrenze einführen und mit konkreten gesetzlichen Regelungen die Transparenz und
5 Kontrolle jeglicher Parteifinanzierung sicherstellen. Unabdingbar ist auch eine restriktive und
6 Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen. Ferner soll den deutschen
7 Parteien endlich die Beteiligung an Unternehmen sowie die Annahme von Firmen-Spenden
8 verboten werden.

9 **5. Listenwahl: Kumulieren, panaschieren und streichen.**

10 Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und Wahlverfahren im Lauf der Zeit
11 immer perfekter ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes zu minimieren. Mit
12 der nach Grundgesetz und Bundeswahlgesetz deklarierten Personenwahl ist es nicht weit
13 her. Dem Wähler werden starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. Die
14 Erststimme hat auf die konkrete personelle Besetzung des Parlaments eine nur geringe
15 Auswirkung. Durch die „sicheren Listenplätze“ ist den getreuen Machträgern der
16 Konsensparteien ihr Bundestagsmandat bereits vor der Wahl garantiert. Der Wähler hat hier
17 keinen Einfluss darauf, wen er in das Parlament entsenden möchte.

18 Die demokratische Gestaltung des Wahlsystems gibt dem Wähler die Entscheidung über die
19 personelle Zusammensetzung des Bundestages zurück und stärkt das „Freie Mandat“ der
20 Abgeordneten. Wir treten für die „freie Listenwahl“ ein mit der Möglichkeit des Kumulieren,
21 Panaschieren und Streichens von Kandidaten.

22 **6. Berufspolitiker: Amtszeit begrenzen.**

23 Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht
24 Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich
25 herausgebildeten politischen Klasse vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde
26 Strukturen und verwerflicher Lobbyismus sind die Folge.

27 Die Amtszeitbegrenzung von Mandatsträgern kann dieser gesellschaftsschädigenden
28 Entwicklung entgegenwirken und das Machtmonopol der Parteien beschneiden. So können
29 wir unser Ideal des Bürgerabgeordneten wieder herstellen.

30 **7. Nebentätigkeiten: Regeln verschärfen. Lobbyismus kontrollieren.**

31 Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen
32 Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der
33 überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden.

34 Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten haben ein für unsere Demokratie bedrohliches
35 Ausmaß angenommen. Der Umfang der Nebentätigkeiten vieler Abgeordneten führt
36 zwangsläufig zu Abstrichen an ihrer parlamentarischen Aufgabenerledigung. Viele

1 Abgeordnete nutzen ihr politisches Mandat, um sich lukrative Nebentätigkeiten zu
2 beschaffen mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung.

3 Der letztlich größte Schaden für unsere Demokratie jedoch entsteht dadurch, dass ein
4 Großteil der Nebentätigkeiten im Dunstkreis des Lobbyismus oder gar der Korruption
5 anzusiedeln ist. Aus guten demokratischen Gründen wollen wir die Regelungen der
6 Nebentätigkeiten für Parlamentarier und zur Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen.
7 Abgeordnete dürfen ausschließlich eine früher ausgeübte Tätigkeit in angemessenem
8 Umfang fortführen. Die AfD legt bereits heute im § 19 Absatz 2 der Satzung für Ihre eigenen
9 Mitglieder strenge Regelungen fest. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit
10 konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das
11 vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien standhält. Das Ziel ist, den Lobbyismus zu
12 kontrollieren, die Transparenz der Nebentätigkeiten herzustellen und die Arbeitsqualität des
13 Parlaments zu sichern.

14 ***III. Deutschland als souveräner und wehrhafter Staat***

15 **1. Wider die EU-Zentralisierung: Zurück zur Wirtschaftsgemeinschaft.**

16 Die Europäische Union (EU) hat mit ihrem Vertrag von Maastricht 1991 und besonders mit
17 dessen Vertiefung in Lissabon 2008 den Versuch unternommen, die EU unumkehrbar zu
18 einem Staat fortzuentwickeln. Dies geschah trotz der Volksabstimmungen in Frankreich und
19 den Niederlanden von 2005. In beiden Ländern hatten die Bürger den sogenannten
20 Verfassungsvertrag zur Gründung eines europäischen Großstaates abgelehnt. Die politische
21 Führung der großen EU-Länder will dieses Projekt gegen den offenkundigen Mehrheitswillen
22 der Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen.

23 Dies läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten mit den sie tragenden
24 Völkern ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur die nationalen Demokratien,
25 geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die
26 nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten. Nur sie ermöglichen
27 größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte. Nur sie können diese hinreichend
28 sichern. Die Versprechen, durch multinationale Großstaaten und internationale
29 Organisationen einen Ersatz für funktionierende demokratische Nationalstaaten zu schaffen,
30 werden nicht eingehalten werden und sind nicht einhaltbar. Es handelt sich dabei um
31 ideengeschichtlich alte Utopien. Sie zu realisieren, hat stets großes Leid über die Menschen
32 gebracht. Nötig als stabiles Fundament einer friedlichen Weltordnung sind stabile
33 demokratische Nationalstaaten. Internationale Organisationen ohne Staatscharakter, die auf
34 freier Übereinkunft beruhen, können dabei hilfreich sein.

35 Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat im westlichen Europa über Jahrzehnte
36 (1957 bis 1992) zu Frieden und Prosperität beigetragen. Doch die Europäische Union hat
37 sich im Lauf der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen
38 keine Grundlage gibt. Die zunehmende Zentralisierung von Hoheitsrechten und die

Bestrebungen, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, sind irrational und nicht zukunftsfähig. Die Alternative für Deutschland lehnt diese Bestrebungen strikt ab. Die Organe der EU, vor allem der Ministerrat, die EU-Kommission und das Parlament sind unzureichend demokratisch legitimiert. Dieser systembedingte Mangel sowie die "Bürgerferne" der Amtsträger haben das Entstehen eines überbordenden Macht- und Verwaltungsapparates begünstigt. Wir treten dafür ein, die Europäische Union zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in dem ursprünglichen Sinn. Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder zur Geltung kommen. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.

2. Europa: Ein flexibles Netzwerk. Vielfältig und bunt.

Wir wollen die Europäische Vielfalt und Identität bewahren und Demokratie und Subsidiarität in Europa zurückgewinnen. Wir wollen die Institutionen der EU reformieren.

Der Anteil der Bevölkerung eines Staates an der EU-Gesamtbevölkerung muss demokratisch besser zur Geltung kommen. Dies gilt auch für die deutsche Sprache als größte europäische Sprachgemeinschaft.

Die AfD spricht sich dafür aus, in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen zu bündeln, ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität, demokratischen Mitwirkung und Rechtsgestaltung einzuschränken. Eine formelle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) lehnen wir ebenso ab wie einen gemeinsamen Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, die zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Partnerländern zu intensivieren.

Unterhalb der Vollmitgliedschaft befürworten wir ein flexibles Netzwerk verschiedener Mitgliedschaften und Geschwindigkeiten, an dem jeder europäische Staat jeweils nach seinen Möglichkeiten teilnehmen kann, wie das zum Beispiel in der Westeuropäischen Union der Fall war. Beitritte nichteuropäischer Staaten sollte die EU aus kulturellen und geographischen Gründen nicht weiter verfolgen. In der Beziehung mit diesen Ländern, beispielsweise der Türkei, sind die strategischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands zu berücksichtigen.

3. Außenpolitik: Vereinte Nationen stärken. NATO beschränken.

Die Vereinten Nationen sind für Fragen der Sicherheit und des Friedens in der Welt unverzichtbar. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Deutschland als aktives Mitglied der Vereinten Nationen beim Lösen und Bewältigen internationaler Konflikte eine aktive und konstruktive Rolle spielt. Wir setzen uns dafür ein, internationale Krisenherde diplomatisch zu entschärfen, um humanitäre Katastrophen und den Verlust der Heimat von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, auch um unkontrollierten Wanderungsbewegungen in Richtung Europa entgegenzuwirken. Deutsche und andere nationale Minderheiten sowie die universellen Menschenrechte zu schützen, gehört zu den Grundwerten der AfD-Politik.

1 Wir treten dafür ein, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht einzumischen.
2 Organisationen und international agierende Konzerne, die Einfluss auf die Innenpolitik
3 anderer Länder oder deren Eliten zu nehmen versuchen, um ihre politischen oder
4 wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, sind darin zu beschränken.

5 Die AfD ist dafür, die Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates, zu stärken und
6 zu reformieren. Den veränderten Gewichtungen in der Welt sollte Rechnung getragen
7 werden. Als eine weltweit anerkannte Nation mit einer stabilen Demokratie und als
8 drittgrößter Beitragszahler der UN fordern wir für Deutschland einen ständigen Sitz im UN-
9 Sicherheitsrat. Aufgrund des Völkergewohnheitsrechts und in Übereinkunft mit den früheren
10 Siegermächten haben sich die Grundzüge der Feindstaatenklausel grundlegend gewandelt.
11 Es bleibt die Aufgabe, diese nun endgültig zu streichen.

12 Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen
13 Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt.
14 Wir setzen uns dafür ein, den europäischen Teil der atlantischen Allianz deutlich zu stärken.
15 Um dieses Ziels zu erreichen, ist es unabdingbar, die militärischen Fähigkeiten der
16 deutschen Streitkräfte wieder herzustellen, um Anschluss an die strategischen und
17 operativen Erfordernisse zu finden. Diese von der AfD geforderte Wiederherstellung soll
18 nicht nur die Landesverteidigung als zentrale Aufgabe der Bundeswehr sicherstellen,
19 sondern die deutschen Streitkräfte auch in erforderlichem Maß zur Bündnisverteidigung und
20 Krisenvorsorge befähigen. Die AfD sieht im Bestreben, Verpflichtungen gegenüber den
21 Nato-Bündnispartnern berechenbar zu erfüllen, eine wichtige Aufgabe deutscher Außen-
22 und Sicherheitspolitik, um auf diesem Weg mehr Gestaltungsmacht und Einfluss zu
23 entfalten. Wir treten dafür ein, dass jedes Engagement in der Nato im Einklang mit den
24 deutschen Interessen steht und einer zielgerichteten Strategie entspricht. Die Nato muss so
25 reformiert werden, und die Streitkräfte der europäischen Partnerstaaten sind so zu
26 restrukturieren, dass sie die Sicherheit in Europa und an seiner Peripherie gewährleisten
27 können.

28 Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen,
29 sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche
30 Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.

31 Der Status der alliierten Truppen in Deutschland ist neu zu verhandeln.

32 Ein unverzichtbares Instrument der europäischen Friedensordnung ist die OSZE. Ihre Rolle
33 in europäischen Konflikten wollen wir gestärkt und ausgebaut sehen. Die AfD möchte die
34 Zusammenarbeit mit der OSZE vertiefen. Dafür von besonderer Bedeutung ist,
35 Krisenregionen zu stabilisieren.

36 Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die Nato von maßgeblicher
37 Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht
38 gelingen. Wir setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei
39 die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen.

1 Die AfD vertritt eine Außenpolitik, die verpflichtet ist, die außen- und sicherheitspolitischen,
2 die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Deutschlands zu wahren.

3 Wir sind für die Freiheit der Handelswege, der internationalen Kommunikation (wie die des
4 Internet), für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und für die gleichberechtigte
5 faire Nutzung der globalen Ressourcen.

6 **4. Bundeswehr: Für unsere Sicherheit. Garantiert.**

7 Die deutschen Streitkräfte sind derzeit nur noch bedingt einsatzbereit. Die
8 Regierungsparteien und grobes Miss-Management haben sie über nahezu drei Dekaden
9 hinweg vernachlässigt. Sie müssen in vollem Umfang wieder in die Lage versetzt werden,
10 ihre Aufgaben wirkungsvoll und nachhaltig zu erfüllen. Dies ist die Voraussetzung dafür,
11 dass Nato, EU und internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten
12 Partner wahrnehmen.

13 Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend
14 befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest. Dies schließt eine
15 ständige Kooperation deutscher Streitkräfte mit denen der Bündnispartner ein.

16 Im Ergebnis benötigt Deutschland Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung an
17 den Herausforderungen künftiger Konflikte orientiert ist und höchsten internationalen
18 Standards entspricht, die gründlich und an den modernen Einsatzerfordernissen orientiert
19 ausgebildet werden und die eine am Wohl der Truppe orientierte Verwaltung mit deutlich
20 reduzierter Bürokratie vorhalten.

21 Eng damit verbunden ist auch, unverzichtbare nationale wehrtechnische Kernfähigkeiten zu
22 erhalten und zu fördern, um in Schlüsselbereichen von Technik und Technologie national
23 unabhängig zu bleiben, technisch mit der Weltspitze Schritt zu halten und Arbeitsplätze in
24 Deutschland zu sichern.

25 Sicherheit und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten sind im Finanzhaushalt mehr
26 als heute angemessen zu berücksichtigen. Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte müssen
27 sich nach deren Aufgaben und den außen- und sicherheitspolitischen Erfordernissen richten.

28 Ebenfalls geboten ist, die Nachrichtendienste umfangreich zu reorganisieren und zu
29 reformieren. Sie sind ein wichtiges Mittel, Gefahren im In- und Ausland zu erkennen und
30 abzuwehren.

31 Die bisher praktizierte Finanzierung nach Kassenlage lehnt die AfD ab.

32 **5. Allgemeinen Wehrpflicht: Wiedereinsetzen.**

33 Art. 87a des Grundgesetzes bestimmt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die
34 Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher
35 Existenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der

1 Bundeswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger. Wir erkennen den Ausnahmefall des
2 Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen an, sehen aber den
3 Wehrdienst junger Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten in den Streitkräften als
4 Regelfall an.

5 Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen dafür,

- 6 – dass sich die Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr“ identifiziert,
7 mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind,
- 8 – dass sich das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt,
- 9 – dass nachhaltig Nachwuchs aus allen Gesellschaftsschichten gewonnen wird und
10 damit eine intelligentere Armee möglich wird,
- 11 – dass ein breites Potential an Reservedienstleistenden entsteht.

12 Deshalb tritt die AfD dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter
13 zwischen 18 und 28 Jahren wieder einen Grundwehrdienst einzuführen. Die Dauer des
14 Wehrdienstes richtet sich nach dem, was für die Sicherheit notwendig ist. Sie muss eine
15 gründliche, kriegs- und einsatzorientierte Ausbildung ermöglichen. Kriegsdienstverweigerer
16 leisten Wehersatzdienst. Die Allgemeine Wehrpflicht für Männer wird um eine allgemeine
17 Dienstpflicht gleicher Dauer für Frauen ergänzt, wofür eine Grundgesetzänderung
18 erforderlich ist. Frauen sollen die Möglichkeit haben, freiwillig in den Streitkräften zu dienen.

19 ***IV. Internationale Wirtschaftspolitik neu ausrichten***

20 Die Weltwirtschaft will die AfD ebenso marktwirtschaftlich ausrichten wie die inländische
21 Wirtschaftsordnung. Die internationalen Handelsbeziehungen sind vorzugsweise multilateral
22 auf der Basis von Verträgen mit der Welthandelsorganisation zu regeln. Handelsabkommen
23 sollen deutsche Sicherheitsstandards in keinem Fall unterlaufen. Das marktwirtschaftliche
24 Prinzip der Gleichbehandlung ist zu beachten. Inländische wie ausländische Unternehmen
25 müssen rechtlich gleichgestellt werden. Unsere Bürger bleiben der Souverän unseres
26 Staates, die Regulierungshoheit des Parlamentes darf nicht eingeschränkt werden.

27 **1. Außenwirtschaftspolitik: Hohe Standards für Handelsabkommen.**

28 Freier Handel ist die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders.
29 Wirtschaftliche Sanktionen halten wir grundsätzlich für falsch. Handelsschranken wollen wir
30 in Europa und weltweit abbauen. Außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter
31 Bedeutung müssen der deutschen Souveränität Rechnung tragen. Daher befürwortet die
32 AfD zwischen Staaten internationale Freihandelsabkommen. Dabei zu berücksichtigen sind
33 der Grundsatz der Gleichbehandlung sowie einheitliche Industrie- und Sozialstandards.
34 Zeitweiliger Schutz ist für solche Volkswirtschaften berechtigt, die sich wirtschaftlich noch
35 entwickeln. Deshalb sind multilaterale Abkommen mit offener Verhandlung und Gestaltung
36 sowie innerhalb zwischenstaatlicher internationaler Organisationen vorzuziehen.

Jede Abgabe von Souveränitäts- und Hoheitsrechten durch Freihandelsabkommen, die folgende Kriterien schwerwiegend verletzen, sind abzulehnen:

- Anpassungen von rechtlichen Standards, die sich für die Bürger oder die deutsche Volkswirtschaft negativ auswirken.
- Investitionsschutzklauseln sollten die Staaten optional ratifizieren können.
- Investitionsschutz (ISDS) für ausländische Investoren darf sich nur auf klare Ereignisse beziehen, nicht auf unbestimmte Rechtsbegriffe wie z.B. „unfaire“ Behandlung.
- Schiedsgerichte müssen ausgewogen gestaltet und besetzt werden mit klaren Entscheidungskriterien.
- Natürliche Monopole müssen staatlicher Regulierung unterliegen.

Schiedsgerichte in der Wirtschaft sind grundsätzlich bewährte Instrumente. Aber in Handelsabkommen muss das Verhältnis von nationaler Justiz und Schiedsgerichten befriedigend geregelt sein. Gegen Entscheidungen von Schiedsgerichten ist auf Wunsch eines Beklagten jederzeit die Berufung vor ordentlichen Gerichten zu gestatten.

Die AfD lehnt Freihandelsabkommen ab, wenn diese intransparent und ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen.

In jedem Falle liegen Abkommen, die etwa durch Investitionsschutzregeln oder Bestrebungen zur regulatorischen Harmonisierung über reine Freihandelsabkommen hinausgehen, in nationaler Kompetenz. Nur durch Beteiligung des Bundestages ist eine ausreichende demokratische Legitimation gewährleistet.

2. Entwicklungshilfe: Hilfe zur Selbsthilfe.

Entwicklungshilfe sollte stets „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein. Hiervon zu trennen ist die humanitäre Hilfe, die sogenannten Transfers. Es liegt im deutschen Interesse, wenn die Menschen in Entwicklungsländern eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat erhalten. Die Auswanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die Probleme vor Ort nicht.

Angesichts des riesigen Bedarfs an Unterstützung der Entwicklungsländer einerseits und Begrenztheit der Mittel andererseits ist angezeigt, die Maßnahmen zu konzentrieren. Nur solche Projekte sind zu unterstützen, die das Empfängerland bzw. die einheimischen Unternehmen nach Ablauf der Projektdauer ohne fremde Hilfe selbständig weiterführen können. Dabei muss die Hilfe zur Selbsthilfe die sicherheitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands stärker als bisher berücksichtigen.

Um die Entwicklungshilfe in die außenpolitische Gesamtstrategie einzuordnen, soll sie zukünftig in das Außenministerium eingegliedert werden. Die Entwicklungshilfe-

1 Organisationen in Deutschland (GIZ, KfW Kapitalhilfe, etc.) sind zu straffen und besser zu
2 koordinieren.

3 Vorrang in der Entwicklungshilfe haben Maßnahmen, die investiv und organisatorisch durch
4 private Unternehmen vor Ort begleitet werden können.

5 Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die
6 westliche Wirtschaft nachteilig ist.

7 ***V. Nationale Finanzen und Wirtschaft neu ordnen***

8 Ein souveränes Deutschland braucht eine starke Marktwirtschaft. Die jahrzehntelange Politik
9 unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern roter und schwarzer Herkunft hat Deutschland
10 in einem sklerotischen Zustand zum Erstarren gebracht. Wir wollen verkrustete Strukturen
11 aufbrechen und ermöglichen, dass Deutschlands Bürger und Unternehmen in frischem Wind
12 befreit aufatmen können. Wir glauben an die Kraft des Wettbewerbs und dass der letztlich
13 für alle am besten ist. Uns leitet die Idee, dass der Bürger besser wirtschaften kann als der
14 Staat und es unsere wichtigste Aufgabe ist, den Bürger in den Stand zu versetzen, auch
15 finanziell Herr seiner selbst und nicht als Untertan auf staatliche Almosen angewiesen zu
16 sein.

17 **1. Staatlicher Ordnungsrahmen: Klare Regeln für die Marktwirtschaft.**

18 Die AfD steht daher für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung. Dazu gehören für uns
19 unverzichtbar: Eigenverantwortung, Privatautonomie, Privateigentum, Marktpreise zur
20 Koordination der Marktakteure sowie Wettbewerb unter diesen. Der Staat hat die Aufgabe
21 den dafür erforderlichen Rechtsrahmen zu setzen. Ziel ist Wohlstand für alle. Es gilt: Privat
22 vor Staat.

23 Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen
24 auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen. Mit Sorge beobachten wir zu viel und
25 ineffiziente Regulierungen. Wir wollen unternehmerischen Geist neu entfachen und
26 Gründungen und Start-Ups dadurch helfen, dass wir bürokratische Lasten streichen.
27 Bürokratieabbau ist uns wichtig und beschränkt sich nicht nur auf eine bessere
28 Ausgestaltung der Regeln, sondern auch eine Prüfung ihrer Notwendigkeit.

29 Wir wollen Forschung und Technologie stärken. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen
30 leichter in marktfähige Produkte umgesetzt werden können. Unternehmergeist wollen wir
31 fördern. Die Selbständigkeit muss – insbesondere für junge Menschen – wieder
32 erstrebenswert werden. Unternehmerische Impulse müssen in einem geeigneten staatlichen
33 Rahmen gedeihen können.

2. Subventionen und Staatseigentum: Dschungel lichten.

Privatisierungen demokratisieren.

Den Subventionsdschungel von Bund, Ländern, Gemeinden, EU, der Bundesagentur für Arbeit und der Sonderfonds wollen wir mindestens so konsequent lichten, wie dies eine Prüfung auf Wirksamkeit und Effizienz nahelegt. Sofern im Einzelfall Subventionen gleichwohl wirtschaftspolitisch sinnvoll erscheinen, sind sie zeitlich zu befristen. Nur in Ausnahmen darf der Staat unternehmerisch tätig sein. Die demokratisch legitimierten Organe der jeweiligen staatlichen Ebene üben die volle Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand aus.

Über Privatisierungen sollen Bürgerentscheide auf der jeweiligen staatlichen Ebene entscheiden, insbesondere bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und in Bezug auf öffentliches Wohn- und Grundeigentum. Geheime Privatisierungsverträge lehnt die AfD ab.

3. Steuern und Abgaben: Obergrenze ins Grundgesetz.

Wir wollen die staatliche Macht über den Bürger begrenzen. Dazu ist es erforderlich, die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren. Die AfD will die Bürger nicht stärker mit Steuern und Abgaben belasten. Analog zur Schuldenbremse wollen wir eine verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben. Steuern und Abgaben sollen in Zukunft nicht mehr beliebig erhöht werden können. Steuererhöhungen und neue Steuern darf es nur im Einklang mit der Steuer- und Abgabenbremse geben. Die Obergrenze sollte der heutigen Steuer- und Abgabenquote entsprechen.

4. Steuerrecht: Familiensplitting ja. Erbschaft- und Gewerbesteuer nein.

Neben der grundlegenden und durchgreifenden Reform der Einkommensteuer durch einen AfD-Stufentarif wollen wir das Steuerrecht auch anderweitig anpassen, um Deutschlands Zukunft zu sichern.

Wir treten im Einkommensteuerrecht für die gerechte Besteuerung von Familien ein (Familiensplitting).

Die AfD will die Gewerbesteuer abschaffen. Um die kommunale Selbstverwaltung zu stützen, sollen die Kommunen eine andere Besteuerungsquelle bestimmen dürfen.

Die Alternative für Deutschland will die Erbschaftsteuer ersatzlos abschaffen. Die Erbschaftsteuer ist mittelstandsfeindlich und setzt Fehlanreize im Hinblick auf den nachhaltigen Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen beim Übergang zur nächsten Generation. Zudem lassen sich verschiedene Vermögensformen nicht rechtssicher bewerten. Außerdem liefert sie einen im Vergleich zu ihrem sehr hohen Erhebungsaufwand

1 unangemessen geringen fiskalischen Ertrag und führt zu verfassungsrechtlichen
2 Auseinandersetzungen.

3 Die AfD will die Umsatzsteuersätze im deutschen Steuerrecht harmonisieren.
4 Umsatzsteuerbefreiungen und -ermäßigungen sollte es nur im Bereich der Daseinsvorsorge
5 geben. Die AfD will die Umsatzsteueroption auch für Kleinunternehmer beibehalten.

6 Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den
7 Wettbewerb nationaler Steuersysteme.

8 Die AfD wendet sich entschieden gegen ein eigenes Steuererhebungsrecht der
9 Europäischen Union.

10 **5. Steuer- und Bankgeheimnis: Wiederherstellen. Kein gläserner** 11 **Untertan.**

12 Die langjährigen Regierungsparteien haben das Steuer- wie auch das Bankgeheimnis
13 faktisch aufgehoben. Die Möglichkeit zur Kontenabfrage steht den Behörden offen. Waren
14 es in 2014 insgesamt noch 237.126 Kontenabrufersuchen, so stieg deren Zahl 2015 um
15 rund 27 Prozent auf 300.944. Der Bürger darf nicht zum gläsernen Untertanen werden.
16 Internationale Übereinkommen wie zu FATCA und Swift tragen ebenfalls zur Überwachung
17 des Bürgers bei. Zudem wird durch den Austausch von Steuerdaten das Steuergeheimnis
18 ausgehöhlt. Steuerdaten deutscher Bürger sind sensible Daten und sollten vom Staat
19 vertraulich behandelt und nicht mit anderen Institutionen oder fremden Staaten ausgetauscht
20 werden. Die AfD setzt sich daher für die Wiederherstellung von Bank- und Steuergeheimnis
21 ein.

22 **6. Bund, Länder und Föderalismus: Aufgaben klar teilen. Finanzierung** 23 **neu regeln. Wettbewerb herstellen. Mobilität nicht bestrafen.**

24 Die AfD steht für selbständige und starke Gebietskörperschaften. Wir wollen regionale und
25 lokale Selbstverwaltung ermöglichen und Subsidiarität garantieren, damit regionale Eigen-
26 und Besonderheiten gepflegt werden können. Deutschland ist stets, anders als Frankreich,
27 ein föderaler Staat gewesen. Wir wollen dem Föderalismus wieder Gewicht verleihen. Wir
28 lehnen es ab, dass der Bund zentral steuernd in lokale und regionale Angelegenheiten
29 eingreift. Politik sollte vor Ort stattfinden und dementsprechend muss auch die Finanzierung
30 vor Ort erfolgen können, damit Verantwortlichkeit hergestellt wird. Der
31 Länderfinanzausgleich muss überarbeitet werden, um Blüten wie etwa die Subventionierung
32 Berlins mit derzeit 3,5 Milliarden Euro jährlich verhindern zu können. Die AfD setzt sich dafür
33 ein, die Bund-Länder-Financen neu ordnen, um Kompetenzgerangel zu unterbinden und
34 klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Bund, Länder und Gemeinden brauchen eigene
35 Finanzierungsquellen, aus denen sie ihre Tätigkeiten selbst finanzieren.

36 Eine klare Aufgabenzuteilung soll Wettbewerb zwischen den Bundesländern ermöglichen.
37 Wir fordern eigenverantwortliche Länder und Kommunen, die auch für sich genommen

insolvenzfähig sein müssen. Wie auf europäischer Ebene befürworten wir hier die Nichtbeistandsklausel, so dass Rettungsprogramme des Bundes für überschuldete Kommunen oder Ländern verboten sind.

Gelebter Föderalismus ermöglicht, dass Länder, Regionen und Kommunen miteinander um die jeweils besten Lösungen ringen. Damit sich dieses Ringen zugunsten der Bürger niederschlagen kann, darf er in seiner Mobilität nicht behindert werden. Der ungeschickt gestaltete Länderfinanzausgleich hat einen Wettlauf um die höchsten Grunderwerbsteuersätze hervorgebracht, weil das Aufkommen der Grunderwerbsteuer nur eingeschränkt auf die von den Ländern zu leistenden Ausgleichszahlungen angerechnet wird. Damit ist die Grunderwerbsteuer zu einer Strafsteuer für mobile Bürger geworden und hat als Transaktionsteuer zudem dazu beigetragen, die Nebenkosten des Immobilienerwerbs übermäßig anzuheizen. Der Anstieg der Grunderwerbsteuersätze hat dazu beigetragen, dass Immobilien sich verteuert haben. Sie verhindert somit heute für viele Bürger den Erwerb eines Eigenheims. Die Grunderwerbsteuer ist daher abzuschaffen. Um Aufkommensneutralität herzustellen, kann ggf. im Gegenzug die Grundsteuer angehoben werden, wodurch die Gemeinden eine stärkere Finanzierungsbasis erhalten.

7. Staatshaushalt: Schulden abbauen. Nicht nur relativ. Auch absolut.

Die AfD strebt die Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten an. Sie befürwortet die schrittweise Rückführung der ausgeferten öffentlichen Verschuldung. Nachfolgende Generationen sollen nicht die Folgen der bisherigen kurzsichtigen Ausgabenpolitik in Form immer höherer Zins- und Tilgungslasten tragen müssen. Wir wollen die öffentlichen Haushalte nicht nur wegen der Verringerung der Staatsschuldenquote konsolidieren. Vielmehr muss auch die nominale Verschuldung verringert werden, um höhere Zinsaufwendungen im Fall eines künftig steigenden allgemeinen Zinsniveaus bewältigen zu können. Wir wollen deshalb Staatsschulden planmäßig tilgen. Dauerhaft niedrige Zinsen gefährden die Alterssicherung weiter Teile der Bevölkerung.

8. Bargeld: Nicht abschaffen. Niemals.

Bargeldnutzung ist ein bürgerliches Freiheitsrecht. Wir treten dafür ein, das Bargeld uneingeschränkt als gesetzliches Zahlungsmittel zu erhalten – auch entgegen anders gerichteter Bestrebungen der Bundesregierung, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und einiger EU-Mitgliedsstaaten. Ein bargeldloser Staat unterstellt allen Bürgern unterschiedslos und pauschal mafiöse Schwarzgeldgeschäfte, kriminelle Rotlicht- oder gar Terrorabsichten. Mit einem liberalen, freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar. Rein elektronisches Geld macht Bürger und Wirtschaft davon abhängig, dass die für die Zahlungsvorgänge notwendigen Datenverarbeitungssysteme nicht ausfallen. Wären Vermögenskonten nur noch elektronisch verbrieft, könnten sie sich in Luft auflösen oder zumindest temporär gesperrt werden oder nicht mehr zuzuordnen sein, etwa im Falle eines erfolgreichen Cyberangriffs.

1 Ursächliches Kernproblem ist die von der Politik herbeigeführte Überschuldung von Staaten.
2 Ihrer Herr zu werden, versucht man durch finanzielle Repression. Mit der
3 Bargeldabschaffung würde die Rolle des Geldes als unantastbarer Wertspeicher massiv
4 eingeschränkt. Sie würde die Enteignung von Kontoinhabern ermöglichen – ohne die sonst
5 mögliche Gegenwehr, sich ins Bargeld zu flüchten. Auch Anleiheninhaber oder
6 Lebensversicherungssparer könnten ihrer allmählichen Enteignung durch Negativzinsen
7 dann nur noch durch Umschichtung in andere, risikoreichere Anlageklassen entkommen.

8 Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch
9 stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme
10 und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen
11 sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne
12 Mensch – Vollüberwachung bis hinein in private, ja intimste Lebensbereiche. Die an
13 totalitäre Staaten erinnernde Kontrolle aller wirtschaftlichen Vorgänge würde das
14 gesellschaftliche Leben grundlegend ändern: Fast jede finanzielle Aktivität zwischen
15 Menschen würde transparent; Ausweichmaßnahmen der Bürger, um sich einen Rest an
16 Privatheit zu bewahren, würden vermutlich unter dem Deckmantel der Kriminalitätsabwehr
17 mit repressiven Maßnahmen bekämpft. Aus dem einstigen Bankgeheimnis würde dann ein
18 totales Offenlegungsgebot.

19 **9. Geldsystem: Grundsätzlich überdenken. Gold heimholen.**

20 Unsere Sorge gilt auch dem Geldsystem selbst. Die Zentralbanken verfolgen eine
21 interventionistisch-künstliche Nullzinspolitik und werden diese wohl fortsetzen – bis hin zu
22 negativen Zinssätzen. Solche schweren Eingriffe in die finanziellen Eigentums- und
23 Freiheitsrechte der Bürger führen letztlich zwingend zu einem nicht wünschenswerten
24 weiteren Machtzuwachs des Staates und des Finanzsektors. Aus Sorge um unser Geld
25 wollen wir auch darüber nachdenken, ob grundsätzlichere Reformen am Geldsystem mit
26 seinem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken zur Schöpfung von Kreditgeld notwendig
27 sind. Damit Deutschland bei einer demokratischen Entscheidung hin zu stabilem Geld alle
28 Optionen offen hat, sollte das Gold der Bundesbank ausschließlich im deutschen Inland
29 gelagert werden.

30 **10. Bankenunion: Danke, nein.**

31 Wir wenden uns gegen die fortschreitende europäische Vergemeinschaftung von
32 Haftungsrisiken aus Bankgeschäften. Die „Bankenunion“ ist ebenso wie die Konzentration
33 der Bankenaufsicht bei der EZB ein weiterer Schritt in die Haftungs- und Transferunion über
34 die bereits in der Währungsunion bestehenden Haftungsmechanismen hinaus.
35 Leistungsfähige Staaten (wie Deutschland) sollen noch mehr für die politischen
36 Verfehlungen anderer EU-Länder aufkommen. Damit können jene Staaten, die schon bisher
37 ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele verfehlt haben, mit dieser Politik fortfahren; sie
38 setzen dabei darauf, dass die nachteiligen Folgen ihrer Politik von der EU-Gemeinschaft
39 getragen werden, vor allem von Deutschland. Praxis war dies bisher nur bei den

1 Staatsfinanzen (Ausgleich der Defizite durch andere). Nunmehr soll auch die private
2 Bankenwirtschaft dieser Umverteilung unterworfen werden, der Haftung aller für alle.
3 Geplant ist dies unter den Stichworten „Bankenunion“ und „europäische Einlagensicherung“.

4 Unter dem Dach der EZB ist bereits eine Aufsicht über alle betroffenen Banken geschaffen
5 worden. Als Vorwand dient die Behauptung, Finanzkrisen und Kettenreaktionen durch
6 einheitliche Beurteilungen besser abwehren zu können. In der Doppelrolle der
7 intransparenten EZB sehen wir einen gravierenden Interessenkonflikt: Die Bank ist zugleich
8 Gläubigerin und Aufsichtsbehörde der von ihr abhängigen Geschäftsbanken. Wir treten
9 dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen
10 wiederherzustellen; dieser Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer
11 Volkswirtschaft lebenswichtig.

12 Deshalb verlangt die AfD, dass die deutschen Banken ihren Haftungsverbund auf die
13 nationale Ebene begrenzen und wie bisher eigene Verbundlösungen schaffen können, die
14 den unterschiedlichen Profilen der Banken Rechnung tragen. Die Haftung aller deutschen
15 Banken für alle anderen EU-weit und grenzüberschreitend muss ausgeschlossen bleiben.

16 Die Bankenaufsicht muss vollständig in nationalen Händen liegen, unabhängig von
17 vereinheitlichten EU-Standards. Die deutsche Bankenaufsicht sollte jederzeit in der Lage
18 sein, Standards zur Eigenkapitalunterlegung von Geschäften aufzustellen und
19 durchzusetzen.

20 Als Partei der Marktwirtschaft will die AfD erreichen, dass in letzter Konsequenz Insolvenzen
21 von Banken ohne Beteiligung des Steuerzahlers möglich sind. Die Haftung für falsches oder
22 zu riskantes Handeln von Banken darf nicht durch das Argument der „Systemrelevanz“
23 unterlaufen werden. Manager und Gesellschafter der Banken müssen vor Spareinlegern
24 oder gar Steuerzahlern in Haftung treten. Handlung und Haftung müssen beieinander
25 bleiben.

27 ***VI. Soziale Sicherheit in Not und Alter***

28 Die AfD tritt dafür ein, dass Deutschland auch bei den sozialen Sicherungssystemen eine
29 Rückbesinnung auf bewährte Tugenden braucht. Die staatliche Sicherung ist für Notlagen
30 gedacht, darf nicht überfordert werden und soll und kann die Familie als Keimzelle
31 gesellschaftlicher Solidarität nicht ersetzen. Wir erkennen dabei, dass das Umlagesystem
32 Halt in schwierigen Zeiten geben kann, gleichzeitig aber auch die Selbständigkeit des
33 Bürgers untergräbt und bewährte familiäre Strukturen unterlaufen kann. Wir wollen daher
34 eine Reform der sozialen Sicherungssysteme.

35 Leitbild für uns ist die Familie, für die wir in der Sozialversicherung Abgabengerechtigkeit
36 wollen. Die AfD will die Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von
37 Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anerkennen. Dazu hat das

1 Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber bereits verbindlich aufgefordert. Wir wollen die
2 derzeitigen finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen
3 korrigieren.

4 Familien sind gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt.
5 Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in
6 Politik und Medien als karrierehemmender Ballast dargestellt. Es ist Zeit, die Leistung der
7 Eltern finanziell und ideell anzuerkennen.

8 Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa. Grund ist zum einen eine
9 Zunahme der Kinderlosen, zum anderen ein Rückgang der Mehrkindfamilien. Wenn wir
10 dieser demographischen Fehlentwicklung nicht gegensteuern, werden unsere Renten-,
11 Kranken- und Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen.

12 Die AfD steht für grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands. Das betrifft auch die
13 Sozialversicherungen. Nur so können die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben.
14 Die hohen Abgaben wirken sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer aus. Auch der
15 wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet darunter.

16 **1. Arbeit: ALG I maßgeschneidert.**

17 Wir wollen das Arbeitslosengeld I privatisieren. Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit
18 eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeitslosigkeit
19 vorzusorgen. Dabei können private Versicherungsangebote ebenso eine Rolle spielen wie
20 die Familie oder der Verzicht auf Absicherung zugunsten des schnelleren Aufbaus von
21 Ersparnissen.

22 **2. Aktivierende Grundsicherung: Arbeit, die sich lohnt. Anstatt ALG II.**

23 Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II
24 (sogenanntes „Hartz IV“). Dabei schmilzt der staatliche Unterstützungsbetrag der
25 Grundsicherung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab, bis ab einem bestimmten
26 Einkommen Einkommensteuer zu entrichten ist, statt einen staatlichen Unterstützungsbetrag
27 zu erhalten. Der staatliche Unterstützungsbetrag wird nicht wie derzeit ganz oder nahezu
28 vollständig auf den eigenen Verdienst angerechnet. Stattdessen verbleibt dem
29 Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht
30 Arbeitsanreiz. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als
31 derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot).
32 Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.

33 **3. Rente: Kinder und Erziehung berücksichtigen. Flexibilität im Alter.**

34 Ein reformiertes Renten- und Steuersystem muss gewährleisten, dass kinderreiche Familien
35 nicht mehr unter dem steuerlichen Existenzminimum leben müssen und ausreichende
36 eigene Rentenansprüche aufbauen. Daher wollen wir bei der Rente die Kinderzahl und die

1 Erziehungsleistung berücksichtigen. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien
2 möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

3 Wir fordern den Wegfall der Arbeitgeberbeiträge im Rentenalter, um die Weiterbeschäftigung
4 von zumeist gut ausgebildeten Arbeitnehmern zu fördern. Wegen des bestehenden und sich
5 verschärfenden Fachkräftemangels stehen auf diese Weise weiterbeschäftigte
6 Arbeitnehmer nicht zu jüngeren Arbeitnehmern in Konkurrenz.

7 Die Lebensarbeitszeit wollen wir parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängern.

8 **4. Unfall: Flexiblere Lösungen finden.**

9 Die AfD hält die gesetzliche Unfallversicherung für Arbeitnehmer nicht mehr für zeitgemäß.
10 Es findet sich eine Vielzahl von privaten Angeboten, mit deren Hilfe Unfallrisiken
11 angemessen abgesichert werden können. Die AfD will daher Arbeitnehmern die Flexibilität
12 geben, sich freiwillig für eine Teilnahme an der gesetzlichen Unfallversicherung zu
13 entscheiden.

14 **5. Pflege: Die Familie nicht länger benachteiligen.**

15 Die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim wird höher vergütet als
16 die Pflege durch einen Angehörigen. Pflegendе Angehörige werden oft mit
17 organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Wir wollen die Fürsorge für
18 pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung stärken.

19 In Deutschland werden derzeit mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause
20 gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch
21 wie die für eine Pflege durch Angehörige.

22 Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder
23 bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. Die Grundlage für die häusliche
24 Pflege ist das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden
25 Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für
26 Pflegedienstleister anzugleichen.

27 Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich
28 anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen
29 Sicherungssysteme werden.

30

VII. Arbeitsmarkt weniger verwalten und mehr befreien

1. Bundesagentur für Arbeit: Auflösen. Kommunale Jobcenter aufwerten.

Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommunale Jobcenter übertragen. Dann gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter. Das entspricht einer flächendeckenden Ausdehnung des bereits praktizierten „Optionsmodells“ bei Leistungen nach dem SGB II. Die weiteren bisherigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit werden wie folgt aufgeteilt:

- Die Jobcenter übernehmen Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und die Durchführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.
- Die Rententräger übernehmen das Kurzarbeitergeld.
- Die Kommunalverwaltung wird zuständig für die Erteilung von Arbeitserlaubnissen.
- Die AOK wird zuständig für das Insolvenzgeld.
- Arbeitslosengeld I wird privatisiert.

Die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz soll zweckmäßigerweise die Finanzverwaltung auszahlen. Dabei handelt es sich ohnehin um eine steuerliche Familienförderung, die der Bundesagentur für Arbeit lediglich gemäß § 368 Abs. 3 SGB II übertragen ist. Die kommunal organisierten Jobcenter betreuen alle Empfänger von öffentlichen Leistungen aus Anlass der eingetretenen Arbeitslosigkeit. Daneben betreuen sie die Berufsanfänger. Alle Anliegen zum Thema „Arbeitslosigkeit und Lohnersatzleistung“ werden durch eine Verwaltungsbehörde geklärt.

2. Mindestlohn: Schützt Schwache. Beibehalten.

Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohneempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten. Die Alternative für Deutschland befürwortet es daher, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten.

VIII. Deutschlands Mittelstand ist das Herz unserer Wirtschaftskraft

Unsere Mittelstandspolitik ist Ordnungspolitik. Die AfD steht nicht für Subventionen für den Mittelstand - aber auch nicht für Vorteile für multinationale Großunternehmen. Wir wollen gleiche Regeln für alle - ob groß, ob klein, in jeder Branche. Neben der Steuerpolitik besteht

1 unser Beitrag für den Mittelstand im Bürokratieabbau und einem Ende der Überregulierung.
2 Jede Regelbefolgung verursacht Kosten, die bei Großunternehmen geringer ins Gewicht
3 fallen als beim Mittelstand.

4 Wir wollen daher deutliche Vereinfachungen zum Beispiel beim Hunger nach statistischen
5 Daten, beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen
6 oder auch beim Mindestlohn. Unser Beitrag liegt zudem in der mittelstandsfreundlichen
7 Reform der Sozialsysteme, zum Beispiel durch den Wegfall des Arbeitgeberbeitrags für
8 ALG I.

9 Und nicht zuletzt liegt unser Beitrag in sicheren Standortbedingungen: öffentliche Sicherheit
10 und bessere Infrastruktur und vor allem eine Politik, die wieder an die Leine der
11 wiederbelebten Demokratie gelegt wird. Ein schlanker, aber starker Staat. Ein Staat, auf den
12 Verlass ist, wo man ihn braucht, und der dem Unternehmer keine bürokratischen Knüppel
13 zwischen die Beine wirft.

14 Die AfD will den Technologiestandort Deutschland durch eine innovations- und
15 technologiefördernde Politik weiter voranbringen. Die Möglichkeiten zur Finanzierung von
16 Unternehmensausgründungen sollen verbessert werden. Bei Innovationen sollen sich die
17 Unterstützungen auf Forschung und Entwicklung (F&E), Pilotprojekte und Prototypen
18 beschränken. Die Freiheit der Forschung soll gestärkt und von ideologisch ausgerichteten
19 Vorgaben befreit werden. Der Anteil der Hochschulabsolventen von MINT-Fächern
20 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) soll erhöht und die zunehmende
21 Technologiefeindlichkeit zurückgedrängt werden - auch durch eine verstärkte Vermittlung
22 dieser Fächer in den allgemeinbildenden Schulen. Deutschland sollte als
23 Technologiestandort gestärkt werden, um auch in Zukunft die Herausforderungen von
24 Globalisierung und demographischen Wandel bestehen zu können.

25 ***IX. Familien sind das Herz unserer Gesellschaft und die Lösung für*** 26 ***das Demographieproblem***

27 Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und
28 gegen die vom Gender Mainstreaming propagierte Stigmatisierung traditioneller
29 Geschlechterrollen anstoßen. Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere
30 Zukunft.

31 **1. Demographische Lücke: Familien fördern. Keine** 32 **Masseneinwanderung.**

33 Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die
34 Alternative für Deutschland will die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige
35 Massenzuwanderung durch eine familien- und kinderfreundliche Politik ersetzen.

1 Die Geburtenrate in Deutschland liegt mit einem relativ konstanten Wert von 1,4 seit über
2 vierzig Jahren weit unter dem bestandserhaltenden Niveau. Jede fünfte Frau bleibt heute
3 kinderlos, unter Akademikerinnen war es 2012 sogar jede dritte. Familien mit mehr als zwei
4 Kindern finden sich überwiegend in sozial schwächeren Schichten, während in der
5 Mittelschicht das Geburteneintrittsalter der Frauen immer weiter steigt und die Anzahl
6 kinderreicher Familien sinkt. Auch sind jährlich rund 100.000 Abtreibungen nach der
7 Beratungsregel (soziale Indikation) zu beklagen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung
8 kontinuierlich an, so dass sich die demografische Bevölkerungsstruktur gravierend ändert.
9 Im Jahr 2060 werden Prognosen des Statistischen Bundesamts zufolge nur noch 65 bis 70
10 Millionen Menschen in Deutschland leben gegenüber 81 Millionen 2015.

11 Nehmen die Verschiebung der Alterspyramide und die mangelnde Orientierung der
12 Zuwanderung am Bedarf des Arbeitsmarktes weiter zu, wird dies sinkende Renten, eine
13 Überlastung der berufstätigen Jahrgänge durch Steuern und Abgaben und eine verminderte
14 Wirtschaftsleistung zur Folge haben. Die sozialen Sicherungssysteme werden in eine
15 finanzielle Schieflage geraten.

16 Um diesen markanten demografischen Trends entgegenzuwirken, setzen die derzeitigen
17 Regierungsparteien auf eine fortgesetzte, von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte
18 Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten. Dabei hat sich in den
19 vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur
20 ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die
21 Geburtenrate unter Migranten mit >1,8 deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen
22 Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.

23 Der Versuch, diese Entwicklungen über noch mehr Einwanderung zu kompensieren, birgt
24 durch mangelnde Integration und Kettenmigration insbesondere in den großen Städten die
25 Gefahr, dass sich weitere Parallelgesellschaften bilden. Der soziale Zusammenhalt, das
26 gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit als unverzichtbare Elemente eines
27 stabilen Gemeinwesens erodieren in einer konflikträchtigen Multi-Minoritätengesellschaft.
28 Der durchschnittliche Bildungsstand wird weiter sinken.

29 Die einzig sinnvolle Lösung des Demografieproblems liegt darin, mittels einer aktivierenden
30 Familienpolitik bei der zu niedrigen Geburtenrate als der eigentlichen Ursache anzusetzen.
31 Die Idee einer „replacement migration“ lehnen wir ab.

32 Durch eine größere ideelle Wertschätzung der Elternarbeit sowie einer Familienpolitik, die
33 sich an den Bedürfnissen von Familien orientiert und junge Menschen zur Familiengründung
34 ermutigt, soll die Geburtenrate mittel- bis langfristig wieder ein tragfähigeres Niveau
35 erreichen. Die Lücke zwischen Kinderwunsch, den nach wie vor 90 Prozent der jungen
36 Deutschen hegen, und der Zahl der geborenen Kinder soweit wie möglich zu schließen,
37 sehen wir als zentrale politische Aufgabe.

2. Familienpolitik: Steuern und Abgaben für Familien senken.

So muss eine alternative Familienpolitik die Familie als wertgebende Grundeinheit und Keimzelle der Gesellschaft finanziell und ideell stärken. Insbesondere muss es auch in den bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten wieder möglich sein, eine große Familie zu gründen, ohne sich dabei einem Armutsrisiko auszusetzen. Ein reformiertes Renten- und Steuersystem wird sicherstellen, dass kinderreiche Familien nicht mehr unter dem steuerlichen Existenzminimum leben müssen und ausreichende eigene Rentenansprüche aufbauen. Die vielschichtigen Hürden für Akademikerinnen, sich schon während des Studiums oder in den ersten Berufsjahren für ein Kind zu entscheiden, wollen wir beseitigen. Ein familienfreundlicher Arbeitsmarkt muss Eltern eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten.

3. Potentiale heben: Arbeitslose reintegrieren. Abwanderung vermeiden.

Gleichzeitig mit dem Anheben der Geburtenrate sind, um Vollbeschäftigung zu erreichen, die vorhandenen Potentiale in Deutschland besser auszuschöpfen. Hierzu dienen eine optimierte Aus- und Weiterbildung sowie eine sich parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängernde Lebensarbeitszeit. Die nach wie vor Millionen zählenden Arbeitslosen sowie die Leistungsbereitschaft einer zunehmend aktiveren älteren Bevölkerung dürfen nicht vernachlässigt werden. In Mangelberufen sind adäquate Arbeitsbedingungen und eine marktgerechte Entlohnung geboten. Schließlich gilt es, die fortgesetzte Abwanderung eigener (Hoch-)Qualifizierter zu vermeiden. Bereits ausgewanderte Deutsche sind mit speziell auf sie zugeschnittenen Initiativen zur Rückkehr zu motivieren.

Eine graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl darf in Deutschland als einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt kein Tabu sein. Neue Techniken der Automatisierung und Digitalisierung bieten Deutschland die Chance, auch bei einer abnehmenden Zahl an Arbeitskräften seine soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ohne gravierende Wohlstandsverluste zu erhalten.

Mittels der skizzierten familien- und migrationspolitischen Maßnahmen soll eine krisenhafte Zuspitzung der demografischen Entwicklung vermieden und langfristig eine stabilere Bevölkerungsstruktur herbeigeführt werden.

4. Kinder: Brauchen Bindung. Diskriminierung der Vollzeit-Mütter stoppen.

Den Bedürfnissen unserer Kinder nach individueller Betreuung muss wieder Rechnung getragen werden. Eltern kleiner Kinder ist dafür der gesellschaftliche, finanzielle und arbeitsmarktliche Druck zur doppelten Berufstätigkeit zu nehmen. Wir brauchen eine tatsächliche Wahlfreiheit ohne eine Diskriminierung elterlicher Betreuung.

1 Die aktuelle Familienpolitik in Deutschland wird bestimmt durch das politische Leitbild der
2 voll erwerbstätigen Frau, so dass die Anzahl außerfamiliär betreuter Kleinkinder stetig
3 ansteigt. Die sichere Bindung an eine verlässliche Bezugsperson ist aber die Voraussetzung
4 für eine gesunde psychische Entwicklung kleiner Kinder und bildet die Grundlage für spätere
5 Bildung und Beziehungsfähigkeit. Die AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine
6 Betreuung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht. Die Krippenbetreuung darf nicht
7 einseitig staatlich bevorzugt werden. Eine tatsächliche Wahlfreiheit schließt elterliche und
8 familiennahe Betreuung durch Großeltern, Kinderfrauen und Tagesmütter mit ein.

9 Die Qualität in Krippen muss sich insbesondere hinsichtlich des Betreuungsschlüssels an
10 international geforderten Standards orientieren.

11 Berufstätigkeit soll Eltern nicht anhaltend überlasten oder zu Gewissenskonflikten führen.
12 Familie und Beruf sind nur vereinbar, wenn junge Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer
13 Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht gerecht zu werden. Daher hält die AfD ein Umdenken
14 in der Arbeitswelt für förderlich. Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit
15 sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung
16 auswirken. Der berufliche Wiedereinstieg muss auch nach mehrjähriger Erziehungsarbeit
17 staatlich gefördert werden.

18 **5. Vater und Mutter: Das Beste für das Kindeswohl.**

19 Die Alternative für Deutschland will die finanziellen Belastungen Alleinerziehender und
20 Unterhaltspflichtiger korrigieren. Gleichzeitig wenden wir uns gegen eine Glorifizierung
21 individualisierter Lebensformen.

22 Die Zahl der Kinder, die ohne die Gegenwart und Fürsorge des Vaters oder der Mutter
23 aufwachsen müssen, wächst stetig. Die damit verbundenen Nachteile machen Sorgen. Ein
24 fehlender Elternteil kann durch nichts adäquat ersetzt werden. Die Trennung von einem
25 Elternteil erleben viele Kinder als traumatisches Ereignis.

26 Viele Alleinerziehende sind mit der ungeteilten Sorge und Verantwortung für die Kinder auf
27 Dauer überfordert. Der vom Kind getrennte Elternteil leidet oft unter dem Verlust des
28 Kontakts zu seinen Kindern. Wir bezweifeln, dass die Gesellschaft diese Mängel
29 ausgleichen kann. Wer unverschuldet in diese Situation geraten ist, verdient
30 selbstverständlich unser Mitgefühl und die Unterstützung der Solidargemeinschaft. Eine
31 staatliche Finanzierung des selbstgewählten Lebensmodells „Alleinerziehend“ lehnen wir
32 jedoch ab. Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und
33 Politik, Alleinerziehende als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten
34 Lebensentwurf zu propagieren. Der Staat sollte stattdessen das Zusammenleben von Vater,
35 Mutter und Kindern durch finanzielle Hilfen und Beratung in Krisensituationen stärken.

36 Schwerwiegendes Fehlverhalten, welches sich gegen die eheliche Solidarität richtet, muss
37 bei den Scheidungsfolgen berücksichtigt werden.

6. Lebensrecht: Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene.

Jeder Mensch besitzt in seiner unantastbaren Würde von der Zeugung bis zum natürlichen Tod ein Grundrecht auf Leben. Dieses Recht zu schützen und zu fördern ist eine unabdingbare Pflicht von Staat und Gesellschaft. Die Alternative für Deutschland tritt als Rechtsstaatspartei mit christlichem Menschenbild für die Achtung der Grundrechte des Menschen in allen Entwicklungsphasen ein. Auch dem noch ungeborenen Menschen als schwächstem Glied der Gesellschaft kommen diese Rechte zu. Wir fordern, dass die Ziele in der Praxis der Schwangerschaftskonfliktberatung entsprechend den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1993 zu den §§ 218 ff. StGB der Lebensschutz des Ungeborenen sowie Hilfe für Schwangere statt Abtreibung sind. Die AfD schließt sich der weiteren Forderung des Bundesverfassungsgerichtes an, bei nicht signifikant sinkender Zahl der Schwangerschaftsabbrüche eine Gesetzeskorrektur zum besseren Schutz des Ungeborenen vorzunehmen. Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem „Menschenrecht“ zu erklären. Schwangeren in Not müssen konkrete Hilfen angeboten werden. Über häufige Abtreibungsfolgen für die betroffenen Mütter, zum Beispiel psychosomatische Störungen oder Depressionen, ist Aufklärung der Bevölkerung notwendig. Schulische Lehrpläne müssen sowohl den verantwortlichen Umgang mit Sexualität als auch die Entwicklung des Kindes im Mutterleib und seine ethische, biologische und rechtliche Stellung als Mensch ab der Verschmelzung von Ei und Samenzelle thematisieren. Für die AfD ist menschliches Leben nicht verhandelbar. Sein Wert schließt Erwägungen im Hinblick auf seine Nützlichkeit aus.

X. Zuwanderung, Kosten, Integration und die deutsche Staatsangehörigkeit nur als krönender Abschluss

1. Legale Einwanderung: Nach kanadischem Vorbild regeln.

Allein im Bereich der Hoch- und Mittelqualifizierten kann Zuwanderung aus Drittstaaten ein zusätzliches Element zur Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften sein, soweit die vorrangige Zuwanderung von EU-Bürgern nicht ausreicht. Hierzu sind klare Kriterien wie Bedarf, Sprachkenntnisse, Qualifikation und Integrationsaussichten, in einem gesonderten Gesetz zusammenzufassen, welches erlaubt, die Zuwanderung im deutschen Interesse flexibel und bedarfsorientiert (in Anlehnung an das kanadische Modell) zu steuern.

Unabdingbar ist der Nachweis eines Arbeitsplatzangebotes schon vor der Einreise. Hochqualifizierten ist nach drei Jahren eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive zu bieten, Mittelqualifizierte erhalten angesichts des ständigen Wandels von Nachfrage und Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt nur einen temporären Aufenthaltsstatus ohne Familiennachzug. Ausgenommen von der Anwerbung sind Staaten, die aufgrund ihres niedrigen Entwicklungsstandes ihre Fachkräfte dringend selbst benötigen.

2. Kosten der Zuwanderung: Transparent machen.

Zuwanderung in die sozialen Systeme ist Alltag. Beispiele liefert die Rechts- und Lebenswirklichkeit aller Zu- und Einwanderungsgruppen. Angebliche Sicherungsmechanismen entpuppen sich als wirkungslos, als von der Rechtsprechung außer Kraft gesetzt, durch EU-Recht relativiert oder als äußerst betrugsanfällig.

Die deutsche Ausländerpolitik verzichtet bis heute fast völlig auf qualitative Aspekte der Zuwanderung, wie den Nutzen für die Aufnahmegesellschaft. Dies wird als „Selektion“ verunglimpft. Stattdessen idealisiert sie angebliche „humanitäre Aspekte“ zu sakrosankten Glaubensgewissheiten. Deutschland ist zum Magneten für Un- und Minderqualifizierte aus aller Welt geworden. Sie wandern überwiegend über missbräuchliche Asylanträge zu und sind auf die steuerfinanzierten sozialen Sicherungssysteme angewiesen. Qualifizierte Zuwanderer bevorzugen lieber Staaten mit geringer Steuerlast.

Ausnahmslos wandert jeder Asylantragsteller in das soziale System ein, wo ihm sofort Leistungsansprüche zustehen. Nach seiner Anerkennung gilt dasselbe für nachziehende Familienmitglieder. Die AfD fordert die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden, weil dies sonst einen direkten und dauerhaften Nachzug in das soziale Netz ermöglicht.

Die Kosten der Massenzuwanderung sind intransparent. Es reicht nicht, nur die Zahl der Sozialleistungsempfänger mit dem Regelsatz zu multiplizieren. Hinzu kommen zum Beispiel Kosten für Krankheit, Personal und Sachmittel der Verwaltung. Es gibt keine umfassende Kostenanalyse und -darstellung. Die politische Führung in Bund und Ländern will sie nicht.

Die AfD fordert die Finanzierung der Zuwanderung grundsätzlich neu zu ordnen. Die Kosten sollen auf allen Ebenen der Verwaltung völlig transparent und vollständig dargestellt werden. Einen „Flüchtlings-Soli“ lehnt die AfD vehement ab.

3. Die Zahl der SGB II-Empfänger wird nicht aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeiten und ist geheim. Die AfD von der Agentur für Arbeit fordert vollständige Transparenz. Kriminalitätsstatistiken: Nichts verschleiern. Auch nicht den Migrationshintergrund.

Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen ohne Sprach- und Schriftkenntnisse, Bildung oder Qualifikation werden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. In ihrer Heimat haben sie alle Brücken abgebrochen. Auch enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand führen viele von ihnen in die Kriminalität.

Im Schlepptau der unregelten Massenzuwanderung steigt die Kriminalität. Doch Statistiken über die Nationalität bzw. Herkunft der Tatverdächtigen bzw. Täter sind aus politischen Gründen Mangelware, weil sie nicht geführt oder geheim gehalten werden. „Maulkorberlasse“ für Polizei, Feuerwehr, Sicherheits- und Gesundheitsdienste sollen die

1 realen Zustände vor den Bürgern verheimlichen. Zuwanderungsbedingte Kriminalität ist
2 wegen ihrer Einbettung in Familien-, Clan- und kulturelle Strukturen und aufgrund der
3 Sprachbarriere am schwierigsten von allen zu bekämpfen.

4 Den Aufenthalt von Straftätern aus dem Ausland oder EU-Ausland zu beenden, ist rechtlich
5 durchweg fast unmöglich, obwohl dies theoretisch zuwanderungsbedingte Kriminalität am
6 besten bekämpfen würde. Das wollen wir ändern.

7 **4. Integration: Bringschuld. Mehr als nur Deutsch zu lernen.**

8 Gelungene Integration fordert von Zuwanderern mindestens das Erlernen von Deutsch, die
9 Achtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen
10 Lebensunterhalts. Jeder Zuwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren.
11 Wer sich dieser verweigert, muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein
12 Aufenthaltsrecht verlieren können. Gute Integrationsaussichten müssen für eine Einreise
13 zwecks dauerhaften Aufenthalts künftig Bedingung sein.

14 **5. Staatsangehörigkeit: Abschluss gelungener Integration. Nicht der** 15 **Anfang.**

16 Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist Abschluss eines manchmal langen
17 und mühsamen Weges der Integration und des Ankommens, nicht aber dessen
18 Ausgangspunkt.

19 Für die AfD ist die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit unserer Kultur und Sprache
20 verbunden. Eine weitere, parallel bestehende Staatsangehörigkeit ist mit ihr grundsätzlich
21 unvereinbar. Die Staatsangehörigkeit hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten
22 einen schleichenden Bedeutungsverlust erfahren. Menschen ohne deutsche
23 Staatsangehörigkeit haben Kommunalwahlrecht. EU-Angehörige können ebenso Beamte
24 werden wie in Ausnahmefällen Drittstaatler und erst recht Doppelstaatler. Kinder bekommen
25 automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, auch wenn kein Elternteil mehr Deutscher
26 ist. Die Voraussetzungen für eine Einbürgerung sind gesunken. Gleichzeitig wurden die
27 Möglichkeiten für eine Doppel-Staatsangehörigkeit erweitert.

28 Die AfD lehnt den „Doppelpass“, also den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei
29 gleichzeitigem Fortbestand oder Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit ab. Kinder sollen
30 nur dann die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erwerben, wenn mindestens ein
31 Elternteil Deutscher ist. Das Territorialprinzip wollen wir wieder aufgeben.

33 ***XI. Bürgerrechte nicht als staatliche Almosen für Untertanen***

34 Wir sehen den Menschen als mündig zur Freiheit an, als fähig, Verantwortung für sich und
35 die seinen zu tragen. Der Mensch ist daher in seiner Beziehung zum Staat Bürger, nicht

Untertan. Die Tendenzen, den Bürger als Objekt zu betrachten, halten wir für gefährlich. Bürgerliche Freiheitsrechte wollen wir mehr als andere achten und wieder in den Vordergrund stellen.

Gefahren für bürgerliche Freiheiten sehen wir vor allem dadurch, dass sich polizeiliche Eingriffe nicht mehr auf die Verfolgung von Straftaten konzentrieren, sondern zunehmend in den präventiven Bereich verlagert werden. Beispiele hierfür sind Vorratsdaten- und Fluggastdatenspeicherung. Das sind weitere Schritte zu einer Rundum-Überwachung des Bürgers. Wir sind der Ansicht, dass dadurch vor allem Schwächen der Strafverfolgung und der Strafjustiz ausgeglichen werden sollen. Besser als ein Mehr an Überwachung wäre eine Reform der Strafjustiz bei gleichzeitiger Stärkung der Polizei, damit begangene Straftaten aufgedeckt und Straftäter tatsächlich verfolgt und bestraft werden können.

Wir halten daher Einschränkungen der Freiheitsrechte unbescholtener Bürger für kritisch. Den Grundrechten als markante Umschreibung des bürgerlichen Freiheitsbereichs wollen wir daher ihre Abwehrfunktion wiedergeben. Insbesondere die informationelle Selbstbestimmung, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung sowie auch das Post- und Fernmeldegeheimnis verdienen als Kern der bürgerlichen Freiheitsrechte unser aller Respekt.

XII. Mit sicherheitspolitischem Befreiungsschlag die Kriminalität bekämpfen

Die AfD fordert einen „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag“, um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu den Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung. Wir wollen den Sicherheitsbehörden bessere und moderne Vorschriften geben.

1. Polizei: Deutlich stärken, härtere Strafen bei Angriffen auf Amtspersonen.

Unser oberstes Ziel ist, die Polizei besser auszustatten. Die dadurch entstehenden finanziellen Belastungen sind für einen modernen Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich. Den Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern für den Polizeidienst wollen wir gezielt beheben.

Der immer mehr um sich greifenden Aggressivität gegen Amtspersonen im weiteren Sinne (Polizeibeamte, Feuerwehrangehörige und sonstige Rettungskräfte) ist dadurch zu begegnen, dass tätliche Angriffe auf diesen Personenkreis mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten zu ahnden sind.

1 **2. Opferschutz: Statt Täterschutz.**

2 Statt den Täterschutz immer weiter ausufern zu lassen, wollen wir den Fokus wieder auf
3 darauf richten, den Opferschutzes sachorientiert zu verbessern.

4 Nicht therapierbare Alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen
5 erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit auszugehen, sind nicht in psychiatrischen
6 Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.

7 Lockerungen und Urlaube im Strafvollzug dürfen nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft
8 möglich sein.

9 Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität
10 begegnet derzeit nur halbherzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen, insbesondere können
11 sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf
12 diese Weise vor Abschiebung sicher. Die Ausweisungsvoraussetzungen sind herabzusetzen
13 und das Ausweisungsverfahren ist zu straffen, indem die Strafgerichte die Ausweisung von
14 Kriminellen schon zugleich mit dem Strafurteil aussprechen.

15 Ferner sind gesetzliche Abschiebungshindernisse zu entschärfen. Außerdem sind durch
16 Vereinbarung mit ausländischen Staaten Aufnahmekapazitäten für sonst nicht abschiebbare
17 Personen außerhalb Deutschlands zu schaffen, ggf. muss für gefährliche Kriminelle
18 Sicherungshaft verhängt werden können. Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu
19 verhindern, u.a. durch Verschärfen der Ausschlussgründe.

20 **3. Waffenrecht: Keine Kriminalisierung unbescholtener Bürger.**

21 Ein liberaler Rechtsstaat muss seinen Bürgern vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen
22 können, dass Bürger legal Waffen erwerben und besitzen, sondern muss die
23 Handlungsfreiheit seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren.

24 Die AfD widersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch ein Verschärfen des
25 Waffenrechts. Die Kriminalisierung von Waffenbesitz schreckt Täter nicht ab, sondern macht
26 Opfer wehrloser. Eine Verschärfung des Waffenrechts wird nicht verhindern, dass
27 Terroristen und andere Verbrecher illegal Waffen erwerben, mit ihnen handeln und sie
28 nutzen. Ein strengeres Waffenrecht wäre ein weiterer Schritt in die Kriminalisierung
29 unbescholtener Bürger und in den umfassenden Überwachungs- und Bevormundungsstaat.

30 **4. Datenschutz: Nicht für Täter, aber sonst für alle.**

31 Das Recht auf informelle Selbstbestimmung ist für uns ein wichtiges Gut. Die Grundsätze
32 des Datenschutzes müssen gewährleistet werden. Gleichwohl ist zu überprüfen, ob die
33 Sicherheit der Bürger und der Wirtschafts- und Industriespionage bei dieser Frage
34 angemessen berücksichtigt wird. Im Zweifel ist das Recht der Bürger auf Sicherheit höher zu
35 bewerten als das eines Straftäters auf informationelle Selbstbestimmung. Bei der
36 Implementierung von Datenschutzmaßnahmen ist immer der Mehraufwand für die

Ermittlungspersonen und die Justiz zu berücksichtigen und sinnvoll abzuwägen. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bürger zu verbessern. In der Vergangenheit hat ein ideologisch motiviertes übertriebenes Maß an Datenschutzmaßnahmen die Sicherheitsbehörden gelähmt und unverhältnismäßig bürokratisiert. Die Folge ist mangelnde Sicherheit für rechtschaffene Bürger und Datenschutz für Täter. Die Grundsätze des Zeugnisverweigerungsrechtes aus beruflichen und persönlichen Gründen bleiben unberührt.

5. Organisierte Kriminalität: Gewinne abschöpfen. Nachhaltig bekämpfen.

Die organisierte Kriminalität muss nachhaltiger bekämpft werden. Dazu gehört, Gewinne aus Straftaten besser abzuschöpfen und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen Instrumente des Verfalls und der Einziehung besser zu nutzen. Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden.

6. Drogenhandel: Schwarzmarkt austrocknen, Abhängigen helfen.

Die bisherige Bekämpfung des Drogenkonsums und speziell der Drogensucht war wenig erfolgreich. Die gegenwärtige Praxis begünstigt den kriminellen Drogenhandel, die Macht und den Einfluss krimineller und terroristischer Banden. Es gilt daher in allererster Linie zu verhindern, dass auch bei uns Drogenbanden Staat und Gesellschaft durch die für sie typische Mischung aus Gewalt, Drohung und Korruption durchdringen und auf diese Weise illegale Macht erringen.

Hierzu ist bei den Drogenkonsumenten anzusetzen, weil diese die Nachfrage schaffen, die das Angebot erst hervorruft. Süchtigen und sonstigen Konsumenten ist daher die Möglichkeit zu geben, im Wege der kontrollierten Abgabe in den Genuss von Drogen zu gelangen, wenn und soweit auf diese Weise der von Drogenbanden beherrschte Schwarzmarkt ausgetrocknet und die Macht der Verbrecherorganisationen entscheidend geschwächt werden kann. Um nach Möglichkeit den Schwarzmarkt vollständig zum Erliegen zu bringen, ist dieses System des alternativen Angebots zu kombinieren mit einer scharfen Strafandrohung für alle diejenigen, die außerhalb der so geschaffenen Möglichkeiten Drogen erwerben.

XIII. Unabhängige und effiziente Justiz als Standortvorteil

1. Staatsanwälte: Müssen weisungsfrei sein. Schluss mit politischer Einflussnahme.

Mit den Berufsverbänden der Richter und Staatsanwälte will die AfD die Möglichkeit abschaffen, über das Weisungsrecht des Justizministers politischen Einfluss auf Führung und Ausgang staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren zu nehmen. Vielmehr ist den

1 Generalstaatsanwälten und dem Generalbundesanwalt richterliche Unabhängigkeit zu
2 gewähren.

3 Die AfD wird sich gegen die Möglichkeit wenden, höchstrichterliche Urteile durch
4 Nichtannahmeerlasse bzw. Nichtanwendungsgesetzgebung zu unterlaufen.

5 Die AfD fordert, das Rückwirkungsverbot einzuhalten und wendet sich konsequent gegen
6 echte und unechte Rückwirkung.

7 **2. Zivil- und Fachgerichte: Wichtiger Standortfaktor.**

8 Eine leistungsfähige Justiz im Zivil- und Arbeitsrecht wie auch sonst in der
9 Fachgerichtsbarkeit (z.B. Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit) stellt einen wichtigen
10 Standortvorteil für die Entscheidungen der Privatwirtschaft dar. Zügig und effizient
11 hergestellte Rechtssicherheit macht Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiv. Bessere
12 personelle wie sachliche Ausstattung der Gerichte ist hierfür unverzichtbar und daher zu
13 stärken.

14 ***XIV. Energiewende mit nüchternen Augen sehen***

15 **1. EnEV und EEWärmeG: Sind Milliardengräber. Abschaffen. Zum** 16 **Schutz von Mietern und Eigentümern.**

17 Durch Verbrennen von Erdgas, Öl und Kohle werden etwa 80 Prozent der global
18 verbrauchten Primärenergie und jenes CO₂ erzeugt, das für den menschengemachten
19 Klimawandel verantwortlich sein soll. Ein Großteil davon wird für das Erzeugen von Wärme
20 und Kälte in Gebäuden eingesetzt. Da die Dekarbonisierung bis 2050 den CO₂-Ausstoß um
21 mehr als 85 Prozent verringern soll, sind die Gebäude nach der Energieeinsparverordnung
22 (EnEV) entsprechend stark zu dämmen. Die erforderliche Restwärme ist gemäß
23 Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) weitestgehend durch „Erneuerbare“
24 Energien (EE) zu erzeugen.

25 Wie bei EEG und Energiewende reden Regierung und Profiteure die erforderlichen Kosten
26 zum Umsetzen dieser Maßnahmen klein oder verschweigen sie. Die Kosten liegen auch in
27 diesem Fall bei mehr als 3.000 Milliarden Euro. Tragen müssen sie die Gebäude-Eigner und
28 Mieter. Wie von Fachleuten nachgewiesen, werden die erhofften Wirkungen nur bei wenigen
29 Gebäude-Konstruktionen mit schlechter Wärmedämmung erreicht. Daneben verursacht das
30 Dämmen an den Gebäuden häufig massive Schäden, als Folge z.B. von mangelhaftem
31 Luftaustausch, aber auch von Durchfeuchtung, Algen- und Pilzbefall der Außenwände.
32 Historische und denkmalgeschützte Fassaden werden zerstört. Zudem sind besonders
33 Styropor-Dämmmaterialien gute Brandbeschleuniger.

34 Ein messbar geringerer Energieverbrauch wird hingegen nur selten erreicht. Oft tritt das
35 Gegenteil ein, da die Dämmmaterialien das Eindringen der durch die Sonne erzeugten
36 Wärme verhindern. Für die Erzeugung von Wärme und Kälte sind die EE gegenüber der

Energie aus fossilen und Kernbrennstoffen auch langfristig nicht wettbewerbsfähig. Die seit Jahren immer wieder beschworenen Verknappungs-Szenarien sind stillschweigend aufgegeben worden. Hightech-Wärme- und Kälteanlagen - z.B. unter Nutzung der Brennwert-Technik und der Kraft-Wärme-Kopplung – lassen für EE nur einen geringen Spielraum. Hierzu zählt die Nutzung von Erd- und Luftwärme mittels Wärmepumpen oder Solarthermie.

Daher setzt sich die AfD dafür ein, die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos zu kassieren. Die staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu beenden. Die überzogenen Standards von EnEV und EEWärmeG dürfen nicht länger für einen rasanten – sei es einen gerechtfertigten oder willkürlichen – Anstieg der Baukosten und für Luxus-Sanierungen dienen. Die Mieten von einkommensschwachen und Normal-Bürgern müssen bezahlbar bleiben.

2. Biomasse: Subventionen beenden. Vorrangspeisung einstellen.

Die „Erneuerbaren“ Energien (EE) lieferten 2014 etwa 11 Prozent der in Deutschland verbrauchten Primärenergie. Gut 7 Prozent oder zwei Drittel wurden aus Biomasse gewonnen. Das teilt sich auf zu je 3,3 Prozent in die Wärme- und die Stromerzeugung und zu 0,8 Prozent in die Herstellung von Biotreibstoffen.

Die Wärmeenergie aus Biomasse wird sowohl zu Heizzwecken als auch für Prozesse in der Industrie eingesetzt. Der Strom aus Biomasse wird über das EEG massiv subventioniert. Die Stromgestehungskosten über Biogasanlagen sind mit bis zu 215 Euro je Megawattstunde am höchsten. Der Betrieb solcher Anlagen im ländlichen Raum belastet häufig die Umwelt. Biotreibstoffe werden in großtechnischen Anlagen produziert und über ein Quotensystem indirekt subventioniert. Die Zwangsbeimischung erhöhte den Preis von Diesel und Benzin 2014 um etwa 0,4 Cent je Liter. Wegen des geringen Wirkungsgrades der Photosynthese von weniger 1 Prozent ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche für Bioenergie unangemessen groß. Sie steht damit in Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. Sinnvoll ist hingegen, für das Gewinnen von Bioenergie biologische Abfälle zu verwerten.

Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Subventionierung und Vorrangspeisung des Stroms aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden. Die Subventionierung der Biokraftstoffe durch das Quotensystem ist abzuschaffen.

3. Fracking: Risiken und Chancen erforschen. Dann Bürgerentscheid.

Fracking kann ebenso Risiko sein wie auch die Energiebasis der Erde beträchtlich erweitern. Es könnte, wenn erforscht und sicher, Streit und kriegerische Auseinandersetzungen um Erdöl und -gas verringern. Daher setzt sich die AfD dafür ein, das im April 2015 in den Bundestag eingebrachte restriktive „Fracking-Gesetz“ zurückzuziehen. Wir wollen die Technik, Vorteile und Risiken des Fracking nach den bestehenden strengen deutschen Umwelt- und Bergbaugesetzen erforschen. So die Risiken beherrschbar sind, wollen wir

Fracking entwickeln und mögliche Standorte erkunden lassen. Über die wirtschaftlichen und politischen Vorteile des Fracking im Vergleich zu den realen Risiken ist die Bevölkerung sachlich zu informieren. Den Einsatz des Fracking zur Erdöl- und Erdgasförderung an neuen Standorten lehnt die AfD ab, solange die Energieversorgung Deutschlands gesichert ist. Letztendlich gehört die Entscheidung über den Einsatz der Fracking-Technik an geeigneten Standorten in die Hand der betroffenen Bürger durch demokratische Entscheidung vor Ort.

4. Kernenergie: Alternativen erforschen. Bis dahin Laufzeitverlängerung. Strom darf kein Luxus sein.

Die Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich. Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage zu wettbewerbsfähigen Preisen nicht gesichert ist, ist eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen weltweit sichersten Kernkraftwerke mindestens übergangsweise sinnvoll. Das Risiko eines Totalausfalls oder der Import von Strom aus ausländischen Kernkraftwerken ist weder für den Wirtschaftsstandort noch zur Reduzierung der Risiken durch die Kernkraft eine Alternative.

Es ist falsch zu versuchen, radioaktive Reststoffe zentral und für die Ewigkeit zu entsorgen. Stattdessen sollten diese zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden, wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit technischem Fortschritt aufbereitet weiter verwenden zu können.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu verstehen, warum kein anderer Staat von vergleichbarem wirtschaftlichem Gewicht dem deutschen Beispiel folgt. Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Laufzeit deutscher Kernkraftwerke zu verlängern, solange die Stromversorgung aus deutschen Kraftwerken zu vergleichbar geringen Kosten wie aus Kernkraftwerken nicht gewährleistet ist und gleichwertige Alternativen nicht bereitstehen. Die Forschung zur Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wollen wir erlauben wiederaufzunehmen bzw. fortzusetzen. Die Forschung zur ressourcen-schonenden Verwertung der Reststoffe aus der Kernkraftnutzung wollen wir erlauben. Alle übrigen Energieformen sind weiter mit Nachdruck zu erforschen.

XV. Unsere Kultur, Sprache und Identität bewahren

1. Deutsches Kulturerbe: Anerkennen. Erhalten. Weiterentwickeln.

Deutschland gehört zu den großen europäischen Kulturnationen. Deutsche Schriftsteller und Philosophen, deutsche Musiker, bildende Künstler und Architekten, in jüngerer Zeit auch deutsche Designer und Filmemacher, haben wesentliche Beiträge zu ihren jeweiligen Disziplinen im weltweiten Maßstab geleistet. Die AfD erachtet es als eines ihrer vorrangigen politischen Ziele, dieses große Kulturerbe für die kommenden Generationen nicht nur zu bewahren, sondern es im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung weiterzuentwickeln und seine unverwechselbaren Eigenheiten zu erhalten.

2. Kulturelle Identität: Als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

Multikulti verwerfen.

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern. Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

3. Deutsche Sprache: Zentrum der Identität. Nicht internationalisieren.

Nicht gendern.

Das zentrale Element deutscher Identität ist die deutsche Sprache. Die AfD fordert einen Aktionsplan, um die deutsche Sprache zu stärken und zu erhalten. Dafür einzubeziehen sind das Goethe-Institut, die Deutsche Welle und andere kulturpolitischer Instrumente, um für das Erlernen des Deutschen weltweit zu werben und dieses durch bilaterale Abkommen, Studienförderprogramme usw. nach Kräften zu fördern. Im Inland tritt die AfD allen Tendenzen strikt entgegen, die deutsche Sprache auf Behörden, in universitären Studiengängen und in der Binnenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“ durch das Englische zu ersetzen oder zu "gendern". Politisch korrekte Sprachvorgaben lehnen wir ab.

Bei der Integration von Einwanderern ist dem Spracherwerb allerhöchste Priorität beizumessen. Auf EU-Ebene muss das Deutsche dem Englischen und Französischen endlich auch in der alltäglichen Praxis gleichgestellt werden.

4. Kulturpolitik: Ideologie, Parteien und Staat zurückdrängen

Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten. Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.

5. Gender Mainstreaming: Schluss mit Umerziehungslobby.

Den aus dem angelsächsischen Raum importierten, von der EU in Richtlinien gegossenen und in Deutschland willfährig umgesetzten ideologischen Komplex, der mit den Schlagworten „Gender Mainstreaming“, „Diversity“, „Anti-Diskriminierung“ usw. bezeichnet ist, lehnt die AfD ab. Es handelt sich dabei nicht um eine spontan oder organisch entstandene kulturelle Strömung, sondern um einen planvoll und unter massivem Einsatz von Steuermitteln ins Werk gesetzten Versuch politischer Lobbygruppen, die kulturelle Hegemonie zu erringen. Kulturelle Förderprogramme der EU, die an dergleichen ideologische Zielvorgaben gekoppelt sind, die also eigentlich verkappte „Umerziehungsprogramme“ darstellen, möchte die AfD zugunsten von nationalen und regionalen Förderlinien, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientieren, auf null zurückzufahren.

6. Theater und Museen: Weniger Kultursubventionen. Mehr Länderkompetenz.

Kulturpolitik im engeren Sinn soll nach Ansicht der AfD weiterhin im Kompetenzbereich der Länder verbleiben. Wir halten ein gewisses Minimum an staatlichen Kultursubventionen für unumgänglich, die jedoch an die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Kulturbetriebe zu koppeln sind.

Das Kulturgut Buch ist keine beliebige Ware, weshalb sich die AfD für den Erhalt der deutschen Buchpreisbindung einsetzt. Sie macht sich außerdem für eine Anpassung an das digitale Zeitalter des Urheberrechts stark, so dass die Leistung von Autoren, Musikern und Gestaltern individuell und gerecht entlohnt wird.

XVI. Der Islam im Spannungsverhältnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Werteordnung

1. Aufklärung: Kritik am Islam ist zulässig. Und nicht islamophob.

Religionskritik, auch Kritik am Islam, ist im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Religiöse Satire und Karikaturen sind ebenfalls von der Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt. Die AfD unterstützt das Bestreben von Islamkritikern, über den Islam aufzuklären, Reformen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft anzustoßen und den Islam an die Normen und Werte der aufgeklärten Moderne anzupassen.

Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“. Islamwissenschaftler, Historiker, Staatsrechtler und Soziologen, auch muslimischer Abstammung, fordern eine historisch-kritische Betrachtung von Koran und Sunna sowie den Verzicht auf die Scharia und eine islamische Staatsverfassung. Ihnen und ihren Zielen gilt angesichts vielfacher Verfolgung und Bedrohung unsere Solidarität.

2. Moscheen: Schluss mit Auslandsfinanzierung, Minarett und Muezzin.

Die AfD verlangt, verfassungsfeindlichen Vereinen den Bau und Betrieb von Moscheen wegen der Gefahr zu untersagen, dass die dort verbreitete Lehre gegen das Grundgesetz und unserer Rechtsordnung verstößt und zu politisch-religiöser Radikalisierung führt.

In den Berichten der Ämter für Verfassungsschutz wird eine Reihe von Vereinen aufgeführt, deren Aktivitäten sich gegen den freiheitlichen Verfassungsstaat und seine Gesetze richten und die als extremistisch verboten werden müssen. Die Bandbreite solcher Vereine reicht vom „legalistischen“ Islam, der für seine verfassungswidrigen Ziele unsere Gesetze ausnutzt, bis zum Salafismus. Sowohl die innere Sicherheit unseres Staates wie die Integration von Muslimen werden durch solche Vereine konkret gefährdet.

Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner soll unterbunden werden. Imame sollen in deutscher Sprache an deutschen Universitäten ausgebildet werden, unabhängig von Weisungen des islamischen Auslands und von muslimischen Verbänden.

Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Die wachsende Einflussnahme des islamischen Auslands ist mit dem freiheitlichen Verfassungsstaat und der Integration von hier lebenden Muslimen nicht vereinbar. Von aus dem islamischen Ausland entsandten Imamen geht die Gefahr rechts- und verfassungswidriger Indoktrination der Moscheebesucher aus.

Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt.

Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.

3. Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft: Nicht für islamische Organisationen.

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.

Islamische Organisationen erstreben den Körperschaftsstatus mit seinen Privilegien, um ihre Macht zu stärken. Voraussetzung für den Körperschaftsstatus ist eine ausreichende Repräsentanz, die Gewähr der Dauer sowie die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts. Letzteres verlangt die Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Parität der Religionen und Bekenntnisse.

4. Burka und Niqab: Verbot in Öffentlichkeit und öffentlichem Dienst.

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung durch Burka und Niqab in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.

Burka und Niqab errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit die kulturelle Integration und das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein Verbot ist daher notwendig und nach einem Urteil des EuGH rechtmäßig.

Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden, in Schulen weder von muslimischen Lehrerinnen noch Schülerinnen.

Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von muslimischen Frauen unter den Mann.

5. Beschneidung: Verletzt die körperliche Unversehrtheit

Die AfD lehnt die Beschneidung des männlichen Kindes gemäß § 1631d Abs. 1 und 2 BGB ohne medizinische Indikation wegen gravierender Grundrechtsverletzungen und Gesundheitsrisiken als verfassungs- bzw. rechtswidrig ab.

Sie verstößt gegen die Menschenwürde, missachtet die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung und widerspricht dem ärztlichen Prinzip „primum non nocere“. Sie verletzt das Kindeswohl, dem das Elternrecht untergeordnet ist, und verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz der Geschlechter, denn die weibliche Genitalbeschneidung ist verboten.

6. Schächten: Nicht ohne Betäubung

Die AfD lehnt das betäubungslose Schächten von Tieren ab als unvereinbar mit dem Staatsziel Tierschutz. Sie befürwortet hingegen das auch von Muslimen und Juden akzeptierte Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung und fordert, die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in § 4a (2) Abs. 2 TierSchG zu streichen.

XVII. Vielfältige Medien statt gelenkter Meinung

1. Presse- und Meinungsfreiheit: In Gefahr.

Die AfD tritt für eine vielfältige Medienlandschaft ein, die freie Information und kritische Diskussion ermöglicht. Meinung und Information müssen klar erkennbar voneinander getrennt sein. Tatsachen sollen als solche benannt und nicht aus politischen Gründen verschleiert werden. Die AfD fordert: Schluss mit „Politischer Korrektheit“.

2. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Privatisieren. GEZ abschaffen.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten werden privatisiert. Sie finanzieren sich von 2018 an selbst. Der Beitragsservice wird ersatzlos abgeschafft. Die staatliche Informationsversorgung wird durch einen steuerfinanzierten Rundfunk mit zwei Rundfunksendern und zwei Fernsehsendern geleistet.

Die Filmförderung muss unabhängig sein. Eine Einflussnahme durch die Politik auf die Inhalte darf es nicht geben.

3. Internet: Jugendschutz beachten. Aber wider jede Zensur.

Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf, unter Wahrung bestehender Gesetze, abseits der Verfolgung schwerer Straftaten keinerlei staatlicher Zensur unterliegen. Anbieter, Konzerne, Staaten, Geheimdienste und Institutionen dürfen Nutzerdaten und -profile nicht ausspähen. Der Jugendschutz in sozialen Netzwerken ist zu gewährleisten und für diesen Zweck das deutsche Datenschutz- und AGB-Recht konsequent anzuwenden sowie die Haftungsregelungen bei personenbezogenen Daten zu verschärfen. Personenbezogene Daten von Kindern und Jugendlichen sind auf keinen Fall ein Wirtschaftsgut.

XVIII. Zurück zum Erfolgsmodell Universität

1. Forschung und Lehre: Als Einheit und in Freiheit.

Die AfD fühlt sich dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet. Die Einheit von Forschung und Lehre ist das Alleinstellungsmerkmal der Universitäten und Hochschulen mit Universitätsstatus. Ausschließlich diese dürfen das Promotions- und Habilitationsrecht besitzen. Die Freiheit von Forschung und Lehre sind unabdingbare Grundvoraussetzungen für wissenschaftlichen Fortschritt. Deshalb müssen die Hochschulen über Art und Umfang ihres Studienangebotes frei entscheiden können. Der Wissenschaftsbetrieb muss vor ausufernden bürokratischen Regelungen geschützt werden und die Wissenschaft muss frei von ideologischen Zwängen sein. Das Ethos der Wissenschaft, zu dem die Kritikfähigkeit, Unvoreingenommenheit und der Respekt vor anderen Wissenschaftlern und ihren Leistungen gehört, ist zu stärken. Deutsch soll als Lehrsprache erhalten werden.

2. Hochschulen: Autonomie durch Grundfinanzierung stärken. Ideologisierte Drittmittel streichen.

Deutschland verfügt über eine differenzierte Hochschullandschaft von Universitäten und Fachhochschulen über die Kunst- und Musikhochschulen bis zu den Theologischen und Pädagogischen Hochschulen. Sie erfüllen auf hohem Niveau unterschiedliche Aufgaben und Ziele. Um den Anschluss an die internationale Spitzenforschung und Lehre wieder zu erreichen, sind Universitäten entsprechend auszustatten. Die Studienabschlüsse müssen wieder klare Inhalte und Fertigkeiten vermitteln und ein eindeutiges Profil haben.

Pädagogische Hochschulen für Grund-, Haupt- und Realschullehramt sind flächendeckend wieder einzuführen. Berufsbezogene Studienfächer und das duale System sind zu stärken. Auch kleine Fächer müssen erhalten werden, um die Vielfalt der Lehre und Forschung aufrecht zu bewahren. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nur durch eine verlässliche staatliche Grundfinanzierung gewährleistet. Die AfD fordert deshalb, durch sie die politisch-ideologische Vergabe von staatlichen Drittmitteln zu ersetzen.

3. "Gender-Forschung": Unwissenschaftlich. Kein Cent dafür.

Die Gender-Ideologie erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Ihre Methoden sind fragwürdig und ihre Zielsetzung ist nicht wissenschaftlich motiviert, sondern politisch vorgegeben. Sie darf deshalb nicht weiter gefördert werden, und ist abzuschaffen.

4. Studienabschlüsse: Diplom, Magister und Staatsexamen wieder einführen.

Das verschulte Studiensystem mit Bachelor- und Masterabschlüssen (Bologna-Prozess) entlässt Hochschulabgänger, deren ungenügende Qualifikation die Arbeitgeber nicht zufriedenstellt. Deshalb fordert die AfD die Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen und den entsprechenden Regularien. Auch bei diesen Studiengängen kann sichergestellt werden, dass Studienplatzwechsel möglich sind. Planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauenanteil lehnen wir ab. Auch für Studienabschlüsse darf es keine Quoten geben.

5. Studienanforderungen: Niveau heben. Nicht senken.

Die AfD begrüßt die zentrale Rolle der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes. Es soll Aufnahmeprüfungen insbesondere für technische, naturwissenschaftliche und medizinische Studienfächer geben. Ständig sinkende schulische Anforderungen haben dazu geführt, dass mit bestandenem Abitur die Hochschulreife nicht mehr gesichert ist. Die Anforderungen an Studenten dürfen sich keinesfalls dem gesunkenen Niveau anpassen, sondern müssen sich an den international höchsten Standards ausrichten. Die AfD fordert deshalb leistungs- und eignungsbezogene Auswahlverfahren für verschiedene Hochschultypen. Es gilt „Qualität vor Quantität“.

XIX. Bildung und Schule

1. Schulsystem: Dreigliedrig erhalten. Abschlüsse stärken. Standards erhöhen.

Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die

1 Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Die AfD bekennt sich zu christlicher Tradition,
2 Humanismus und Aufklärung als tragende Säulen deutscher und europäischer Kultur und
3 zum christlich-humanistischen Wertekanon. Wir befürworten uneingeschränkt das
4 Leistungsprinzip.

5 Ständig sinkende Anforderungen haben dazu geführt, dass Schüler nicht mehr die
6 Grundkenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden.
7 Ebenfalls fehlt es an der erforderlichen Allgemeinbildung, die zur verantwortungsvollen
8 Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist. Es ist falsch,
9 Eltern und Jugendlichen einzureden, nur derjenige Bildungsweg sei erfolgreich, der zu einer
10 Hochschule führe. Ein gegliedertes Schulsystem muss die Begabungen und Stärken von
11 Schülern erkennen und fördern.

12 Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich an den höchsten in Deutschland
13 ausrichten, um unseren Schulabgängern die besten Chancen in Ausbildung und Studium zu
14 sichern. Die Wissensvermittlung (Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Lern-Strategien)
15 muss zentrales Anliegen der Schule bleiben. Leistungsanforderungen und Notengebung
16 müssen bundesweit vergleichbar sein. Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen
17 allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur muss wieder eine
18 Hochschulreifeprüfung werden.

19 **2. Schulalltag: Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken.**

20 Leistungsbereitschaft und Disziplin sind Voraussetzung für eine erfolgreiche
21 Wissensvermittlung. Die Erziehung der Schüler dazu ist in erster Linie Aufgabe der Eltern.
22 Das entsprechende Verhalten der Schüler kann nur durchgesetzt werden, wenn den Lehrern
23 die dazu geeigneten Maßnahmen zur Verfügung stehen und deren Durchsetzung nicht
24 ständig hinterfragt wird. Schulverweigerung, Null-Bock-Mentalität, Disziplinlosigkeit, Mobbing
25 und Gewalt in der Schule sind nicht zu tolerieren und unter Einbeziehung der
26 Erziehungsberechtigten angemessen zu ahnden. Die Wahlfreiheit zwischen Halbtags- und
27 Ganztagsklassen muss erhalten bleiben.

28 **3. Bildungsinhalte: Erziehung zur Eigenverantwortlichkeit. Keine** 29 **ideologische Indoktrination.**

30 Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Schulen
31 wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische
32 Übernahme ideologischer Vorgaben. Ziel der schulischen Bildung muss jedoch der
33 eigenverantwortlich denkende Bürger sein.

34 Die Propagierung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso
35 entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das „Gender Mainstreaming“. Das
36 traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der
37 Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden.

4. Berufliche Bildung: Duale Ausbildung stärken. Wert von Fach- und Meisterschulen erkennen.

Die duale Ausbildung in Unternehmen und staatlichen Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach immer höherer Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreichen Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden. Berufliche Fach- und Meisterschulen müssen als tragende Säulen der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens erhalten und gestärkt werden.

5. Förder- und Sonderschulsystem: Erhalten.

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und behindert Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken.

6. Islamunterricht: Nur von Absolventen deutscher Universitäten. Koranschulen schließen.

Eine orthodoxe Auslegung des Islam ist mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Anstelle eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle moslemischen Schüler, die in einen Ethikunterricht integriert wird. Die Lehrer sollten von verfassungstreuen Islamwissenschaftlern an deutschen Universitäten ausgebildet werden, die nicht von islamischen Verbänden beeinflusst sein dürfen. Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, fordern wir die Schließung von Koranschulen wegen der unkontrollierbaren Gefahr der radikalen verfassungsfeindlichen Indoktrination.

Wir lehnen Sonderrechte für moslemische Schüler ab und fordern die Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten ohne Ausnahme. Moslemische Schüler und ihre Eltern haben auch weibliche Lehrkräfte als Vertreter unserer Werte und unserer staatlichen Ordnung uneingeschränkt zu akzeptieren.

XX. Nein zu Gender Mainstreaming, staatlich verordneter Gleichmacherei und Frühsexualisierung

Die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche „Gender-Studies“, Quotenregelungen und eine Verunstaltung

1 der deutschen Sprache sind zu stoppen. Gleichberechtigung muss wieder
2 Chancengleichheit bedeuten.

3 Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den
4 Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen
5 Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann
6 und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und
7 Schulen systematisch „korrigiert“ werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als
8 Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das Elternrecht auf Erziehung ab.
9 Ebenso fordert die AfD, die Frühsexualisierung an den Schulen zurückzunehmen und die
10 Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen.

11 Viele der im Bereich des Gender Mainstreamings vertretenen Ansichten widersprechen den
12 Ergebnissen der Naturwissenschaft, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung.
13 Wir wenden uns daher gegen jede staatliche Förderung von „Gender-Studies“.

14 Die deutsche Sprache wird abstrus umgestaltet, damit sich die Geschlechteraufhebung auch
15 im alltäglichen Sprachgebrauch wiederfindet. Die AfD lehnt die behördlich verordneten
16 geschlechterneutralen Worterfindungen als Eingriff in die natürlich gewachsene Kultur und
17 Tradition unserer Sprache ab.

18 Die AfD lehnt auch Quoten ab, da Quoten leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere
19 Benachteiligungen schaffen. Die AfD vertritt die Meinung, dass Quoten kein geeignetes
20 Mittel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau darstellen. Die AfD unterstreicht
21 stattdessen die grundrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau (im Sinne
22 von Chancengleichheit) Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die
23 AfD hingegen ab.

24 ***XXI. Digitale Welt - Bürger und Verwaltung, Staat und Wirtschaft***

25 **1. Datenschutz: Mehr Kontrolle über die eigenen Daten.**

26 Die freie Meinungsäußerung und die freie Entfaltung der Persönlichkeit brauchen einen
27 starken Datenschutz. Verbraucher müssen sich gegenüber Unternehmen nicht ausweisen.

28 Die europäische Datenschutz-Grundverordnung wird den Datenschutz in Europa auf viele
29 Jahre festlegen. Die AfD setzt sich dafür ein, dass dieser Verordnung ein weiter
30 Anwendungsbereich eröffnet und der Begriff der personenbezogenen Daten ausgeweitet
31 wird. Jede Verarbeitung einer Kennung, die unmittelbar oder mittelbar Rückschlüsse auf
32 eine Person erlaubt, muss in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.
33 Datenschutzrechtliche Grundsätze wie Datensparsamkeit und Zweckbindung sind zu
34 erhalten und auszubauen. Verbraucher müssen das Recht haben, Teledienste unter einem
35 Pseudonym zu nutzen, ohne hierdurch Nachteile zu erleiden.

1 Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie
2 bestimmt fast alle Lebensbereiche, übernimmt an vielen Stellen Regelaufgaben und
3 mobilisiert die Kommunikation in hohem Maße. Aus diesem Grund ist entgegen anderer
4 Bestrebungen dem Datenschutz ein hoher Stellenwert einzuräumen und sein
5 Wirkungsbereich auf alle personenbezogenen Merkmale auszuweiten.

6 In Deutschland arbeiten nicht nur die staatlichen Stellen vorwiegend mit nicht in Deutschland
7 hergestellter Software. Dies öffnet die Tür für manipulative Eingriffe Dritter vor allem aus
8 dem Ausland. Ein ungewollter Informationsabfluss ist nicht nur möglich, sondern
9 wahrscheinlich. So kann die Forderung nach nationalen Software-Entwicklungen auch als
10 Wirtschaftsvorteil für die Gesamtheit deutscher Unternehmen gesehen werden, die allein
11 2014 durch Industriespionage rund 12 Milliarden Euro verloren haben.

12 **2. Verwaltung im 21. Jahrhundert: Quelloffene Software und** 13 **Verschlüsselung einsetzen. Staats-Trojaner ist Rechtsbruch.**

14 Die öffentliche Verwaltung arbeitet auf allen Ebenen mit sensiblen Daten der Bevölkerung.
15 Dabei werden in der Regel Computer mit Betriebssystemen ausländischer Hersteller
16 betrieben. Für Sicherheitsaktualisierungen können diese Hersteller jederzeit auf diese
17 Computer zugreifen. Diese Zugriffsmöglichkeiten können auch Cyber-Kriminelle oder
18 Geheimdienste ausnutzen. Jährlich findet Industriespionage statt, deren Kosten auf einen
19 zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt werden. Die AfD fordert deshalb nicht nur für die
20 öffentliche Verwaltung in Deutschland den Einsatz von Betriebssystemen und Programmen,
21 die über quelloffene Software erstellt wurden und die im Vorfeld überprüft werden konnten,
22 ob unautorisierte Zugriffe möglich sind. Im gesamten öffentlichen Dienst eingesetzte
23 Hardware ist zumindest stichprobenweise auf Manipulationen zu prüfen, um ungewolltes
24 Ausleiten von Informationen zu unterbinden. Alle Produkte sind auch als Konsumprodukte
25 für den privaten oder kommerziellen Zweck zu erwerben.

26 Die Hardware der Verwaltungen ist, weil sicherheitskritisch, zentral zu beschaffen, zu prüfen
27 und unter sicherheitstechnischen Anforderungen im Inland zu montieren.

28 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung darf nicht verboten oder anderweitig behindert werden. Die
29 AfD sieht sichere Kommunikation als Bürgerrecht an.

30 Der Einsatz einer staatlichen Trojaner-Software zum Ausspähen von Bürgern ist für die AfD
31 eklatanter Rechtsbruch.

32 **3. Digitalisierung von Literatur**

33 Die Digitalisierung der Deutschen Literatur ist eine von Deutschland zu leistende Aufgabe.
34 Nur die eigene Bevölkerung und deutsche Literaturfachleute können deutsche
35 Literaturwerke gewichten. Möglichen Lizenzzahlungen an ausländische Unternehmen zum
36 Lesen digitaler deutscher Literatur ist durch Gesetzgebung vorzubeugen.

1 **XXII. Verbraucherschutz ist Information anstatt Verschleierung**

2 Wir wollen mit dem Verbraucherschutz im 21. Jahrhundert ankommen. Wir wollen
3 Transparenz durch Information, um Haftung und Kontrolle zu ermöglichen.

4 Die in Deutschland im größeren Umfang in Verkehr gebrachten Lebensmittel müssen
5 gekennzeichnete Inhaltsstoffe und Qualität haben. Lebensmittelkennzeichnung ist für jeden
6 verständlich darzustellen. Chemisch angereicherte funktionelle Lebensmittel sowie
7 Nahrungsergänzungsmittel sind unter pharmazeutische Prüfverfahren zu stellen. In
8 Langzeitstudien ist die Unbedenklichkeit nachzuweisen.

9 Die Information der Verbraucher über die Leistungen von Ärzten, Medikamenten,
10 Krankenhäusern, Pflegestationen und vieles mehr lässt sich über Bewertungssysteme
11 erreichen. Solche Systeme halten wir in allen Gesundheitsbereichen für hilfreich und setzen
12 uns dafür ein.

13 Die Deutschen sind Weltmeister in nicht effizienter Mülltrennung. Die Mülltrennung stößt an
14 ihre Grenzen. Doch Müll ist nicht gleich Müll, sondern eine Quelle von Roh- und
15 Wiederverwertungstoffen. Wir setzen uns dafür ein, Systeme zu schaffen, die eine sinnvolle
16 und wirtschaftliche Verwertung von Müll aller Art forcieren.

17 Den Versuchen einzelner Hersteller, die Lebensdauer ihrer Produkte zum Nachteil des
18 Kunden künstlich zu verkürzen (geplante Obsoleszenz), ist durch Öffentlichkeitsarbeit und
19 unabhängige Produkttests entgegenzuwirken. Wir wollen, dass es mehr solcher Tests gibt.

20 Risikobehaftete chemische Stoffe sind unverzüglich einem Prüfverfahren zu unterziehen.
21 Dies gilt besonders für importierte Textilien. Kinderspielzeug ist vor der Vermarktung auf
22 Schadstoffe zu prüfen und ihm bei Unbedenklichkeit eine Zulassung zu erteilen. Es muss
23 frei sein von Kunststoffweichmachern, Gift und anderen schädigenden Substanzen.

24 Wasser ist lebensnotwendig, aber vom modernen Leben belastet. Detaillierte Analysen des
25 Trinkwassers bilden die Probleme des 21. Jahrhunderts ab. Im Abwasser finden sich neben
26 Nitraten immer mehr Medikamentenrückstände, Nanopartikel, Plastikfäden und
27 Drogenrückstände. Die Analyse und Aufbereitung des Wassers zu Trinkwasser muss sich
28 diesen neuen Herausforderungen stellen. Die Wasseraufbereitung ist zu modernisieren und
29 zu verbessern, damit diese Stoffe für die Verbraucher nicht zu einer Gesundheitsgefahr
30 werden.

31 Bei Streitigkeiten mit Versorgern sind schnelle Entscheidungen erforderlich. Dafür sehen wir
32 außergerichtliche Schlichtungsverfahren vor. Der Rechtsweg bleibt unberührt. Den Anbieter
33 (Wasser, Strom, Gas, Telefon) muss der Verbraucher problemlos in kurzer Zeit wechseln
34 können, damit eine Versorgungslücke für ihn nicht entsteht.

35 Im Fall schwerer Baumängel treten wir dafür ein, die Gewährleistungszeit auf zehn Jahre zu
36 verlängern. Bei mutwillig oder fahrlässig verursachten Körperverletzungen durch Straftaten

oder Unfälle sieht die deutsche Gesetzgebung nur geringe Schmerzensgelder vor, und es ist schwer adäquaten Schadenersatz zu bekommen. So kann man z.B. für einen verlorenen Arm mit 3000 Euro Schmerzensgeld abgespeist werden. Die AfD setzt sich deshalb dafür ein, dass das Straf- und Zivilrecht so angepasst wird, dass adäquate Schmerzensgelder gezahlt werden und der Schadenersatz erleichtert wird.

XXIII. Landwirtschaft, Fischerei, Forst, Jagd und Flächenkonkurrenz

1. Landwirtschaft: Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen.

Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne und den vermehrten Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung ab. Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren. Anzustreben ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise von landwirtschaftlichen Produkten. Dies kann mit unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebsformen erreicht werden. Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern. Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzufahren. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden.

2. Fischerei, Forst und Jagd: Nah an der Natur.

Fischerei ist Kulturgut. Unsere Fischer sind beim Beseitigen von Wettbewerbsnachteilen zu unterstützen und an der Fangmengenfestlegung zu beteiligen. Die Bindung der Fangquote an den Kutter verhindert einen Generationswechsel in der Fischerei und macht Nachwuchsarbeit unmöglich. Daher ist diese Regelung abzuschaffen. Heimische Fischereiprodukte müssen auch überregional unterstützt werden. Wir lehnen es ab, die Stellnetzfisherei in Ostseeschutzgebieten zu verbieten und die Naturschutz-Kernzonen auszuweiten.

Die AfD setzt sich für eine naturgemäße Waldwirtschaft ein, die eine ganzheitliche Betrachtung des Waldes in seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktion zum Ziel hat. Die Jagd ist eine unverzichtbare Dienstleistung mit wertvoller Tradition.

3. Flächenkonkurrenz: Nicht zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft.

Bauvorhaben und der Ausbau der Infrastruktur gehen oft zu Lasten landwirtschaftlich produktiver Flächen. Äcker, Wiesen und Wälder erachten wir für besonders wertvoll.

1 Naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sind zu reduzieren und in aller Regel so zu
2 gestalten, dass sie nicht zu Lasten land- und forstwirtschaftlicher Flächen gehen.

3 ***XXIV. Mensch und Tier in Natur und Umwelt***

4 Wir stehen dafür, dass wir gegenüber nachfolgenden Generationen eine Verantwortung
5 haben. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die
6 Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftigen Generationen.

7 **1. Natürliche Ressourcen: Schützen wir. Weil wir es uns wert sind.**

8 Die AfD steht für einen Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper
9 und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht. Wir
10 lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die
11 Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind
12 Vorkehrungen zu treffen, damit die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere
13 und Pflanzen, nicht überbeansprucht werden. Schwerpunkte der Umweltpolitik der AfD sind
14 deshalb u.a. Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und
15 Gewässer zu verringern, die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz
16 gehört dazu.

17 Zum Schutz der Landschaft lehnen wir den weiteren Ausbau der Windenergie ab. Wir setzen
18 uns für den im Grundgesetz verankerten Tierschutz ein und folglich für alle artgerechten
19 Formen der Tierhaltung, sei es in der Landwirtschaft, bei Hobbytierhaltungen oder in Zoo
20 und Zirkus. Der Einsatz von Antibiotika ist in Anbetracht der zunehmenden Ausbreitung
21 multiresistenter Keime zu minimieren. Um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu
22 erhöhen, sind tierhaltende Betriebe der Lebensmittelproduktion, die Antibiotika einsetzen,
23 dafür verantwortlich, dass die Tiere frei von Antibiotika-Resistenzen sind, bevor die Produkte
24 in die Lebensmittelweiterverarbeitung gelangen.

25 **2. Gentechnik: Reglementieren. Streng.**

26 Das Genom ist der Bauplan des Lebens, die Gene tragen wie Worte die einzelnen
27 Informationen, und die Basenpaare stellen die Buchstaben des Lebens dar. Die AfD setzt
28 sich dafür ein, dass die Gentechnik-Gesetzgebung streng reglementiert. Da die Verwertung
29 gentechnisch veränderter Pflanzen als Nahrung für Mensch oder Tier in Politik und Medien
30 auf breite Ablehnung trifft, positioniert sich die AfD ebenso.

31 ***XXV. Stadt und Land***

32 **1. Ländlicher Raum: Ihm eine Perspektive geben.**

33 Die traditionellen Instrumente zur Förderung ländlicher Räume genügen nicht mehr, um die
34 flächenhaft fortschreitenden Siedlungsverluste aufzuhalten oder gar umzukehren.

1 Dem wachsenden Zuzugsdruck in die Zentren der Wachstumsgebiete steht eine rückläufige
2 Nachfrage in der Fläche gegenüber. Die Landbevölkerung nimmt mit zunehmender
3 Geschwindigkeit ab. Ursachen sind Überalterung, Strukturmängel und Strukturverarmung,
4 Geburtenrückgang und fehlende Arbeitsplätze. Das zieht weitere Verluste an Attraktivität
5 nach sich und schwächt die ländlichen Regionen. Derzeitige Prognosen der
6 Bevölkerungsentwicklung weisen auf einen stetigen Rückgang der Einwohnerzahl
7 Deutschlands hin. Dieser wird begleitet von einer fortschreitenden Entvölkerung ländlicher
8 Gebiete vor allem in der Mitte und im Osten Deutschlands.

9 Die AfD zielt darauf ab, die ländlichen Regionen zu stärken. Wir wollen die Attraktivität des
10 ländlichen Raumes mit einem aktiven Gemeindeleben und einem funktionierenden
11 gesellschaftlichen Zusammenhalt erhalten bzw. wiederherstellen. Die Entwicklung des
12 ländlichen Raums muss in Deutschland wieder mehr beachtet werden. Viele periphere
13 ländliche Räume leiden unter Abwanderung und Schrumpfen der Bevölkerung. Die
14 Lebensverhältnisse sind nicht gleichwertig, obwohl das Gesetz dieses raumordnerische Ziel
15 vorgibt. Vielmehr hat das raumordnerische Konzept der „Zentralen Orte“ Konzentrationen
16 gefördert und urbane Entwicklungen beschleunigt. Aber nur mit gesunden Strukturen in den
17 Dörfern werden diese peripheren Räume nicht weiter degenerieren.

18 Zu einem lebenswerten ländlichen Raum zählen für uns eine intakte bäuerliche
19 Landwirtschaft, eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft und eine ausreichende
20 Infrastruktur. Diese umfasst alle für die Daseinsvorsorge notwendigen Einrichtungen wie
21 Schulen, medizinische Versorgung und Breitband-Kommunikation. Nur durch zielgerichtete
22 Investitionen und eine kluge Ansiedlungspolitik lässt sich für junge Familien im ländlichen
23 Raum eine Perspektive schaffen und die derzeit negative demographische Entwicklung
24 umkehren.

25 Wir haben kein universelles Leitbild für die in Deutschland sehr unterschiedlichen ländlichen
26 Räume. Stattdessen wollen wir individuelle Entwicklung zulassen, um den besonderen
27 Möglichkeiten und Fähigkeiten in den einzelnen Regionen vor Ort Raum zu geben. Wir
28 wollen deshalb das in Deutschland dominierende landesplanerische Konzept der „Zentralen
29 Orte“ überprüfen. Insbesondere wollen wir im ländlichen Raum künftig das
30 Subsidiaritätsprinzip konsequent anwenden. Politische Aufgaben, Zuständigkeiten und
31 Entscheidungskompetenzen wollen wir dezentralisieren, soweit kein überörtlicher
32 Regelungs- und Koordinierungsbedarf besteht. Das grundgesetzlich verankerte
33 Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der Kommunen wollen wir wiederbeleben.

34 Die Benachteiligung ländlicher Gemeinden bei der Finanzverteilung wollen wir beenden, um
35 den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben. Die AfD tritt dafür, dass die in
36 Deutschland in ihren historischen Siedlungsgebieten ansässigen autochthonen Minderheiten
37 und Volksgruppen unter staatlichen Schutz stehen.

38 Solange die vorbeschriebenen Wiederbelebungsaktionen noch nicht greifen, setzt sich die
39 AfD dafür ein, die ländliche Infrastruktur durch mobile Lösungen zu verbessern. Beispiele

1 dafür sind fahrende Versorgung für den täglichen Bedarf, für Verwaltungsdienstleistungen,
2 mobile Weiterbildungs- und Kulturangebote, mobile Gesundheitsversorgung, mobile
3 Altenbetreuung und Betreuung Jugendlicher. Schnelles Internet für alle ist in jedem Fall
4 anzustreben.

5 **2. Wohnungspolitik: Baurecht aufräumen. Wohnraum schaffen.**

6 Der Zuzugsdruck in die deutschen Großstädte und rund um die attraktiven Wirtschaftsräume
7 steigert den Wohnungsbedarf, erhöht die Grundstücksnachfrage und belastet den
8 Immobilienmarkt.

9 Überproportional steigende Nebenkosten begleiten die steigenden Wohnungspreise in den
10 Zentren, verschärfen die Marktsituation und mindern zugleich das Angebot von preiswertem
11 Wohnraum in bevorzugten Gebieten. Einengende Baubestimmungen, unwirtschaftliche
12 Dämmvorschriften und bürokratische Gestaltungsvorgaben treiben die Immobilienpreise, die
13 Baukosten und die Wohnkosten weiter in die Höhe.

14 Das unmäßige Anheben der Grundsteuer und Grunderwerbssteuer sind ebenfalls
15 kostentreibend, für Bauherren investitionshemmend und schlagen auf die Wohnkosten für
16 Mieter und Eigentümer gleichermaßen durch.

17 Weder "Mietpreisbremsen" noch "Kappungsgrenzen" bringen Entspannung am
18 Wohnungsmarkt. Dies vermögen nur eine große Zahl von Neubauten und eine höhere
19 Eigentumsquote. In Deutschland ist der private Anteil am Wohneigentum geringer als der
20 Durchschnitt der europäischen Nationen. Wohneigentum muss vor allem für die Bezieher
21 kleinerer Einkommen erschwinglicher werden.

22 Wir wollen Bundesbaugesetze, die um Ballungsgebiete herum eine ausreichende
23 Baulandesausweisung auch für die Ballungsgebietszentren ermöglichen. Diese sind dem
24 Planungshoheitsrecht der betroffenen Umlandgemeinden vorzuziehen.

25 Wohneigentum schafft Heimatbindung und fördert den Wunsch, das eigene Umfeld zu
26 bewahren und zu erhalten. Wirtschaftlich berechenbare, stabile Eigentums- und
27 Mietverhältnisse stärken auf Dauer das gesellschaftliche Wohlergehen, fördern den
28 Zusammenhalt der Generationen und können auch der Landflucht entgegenwirken.

29 Die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsgesellschaften sind zu
30 stärken. Entlastung bringen auch Eigentumsbeteiligungen in modernen
31 Genossenschaftsformen, mit denen neuer Wohnraum gewonnen und vorhandener
32 Wohnraum modernisiert werden kann.

33 Familiengerechte Wohnformen in Stadtrandlagen und in ländlichen Gebieten können die
34 Zentren entlasten und der großflächigen Entvölkerung und Verarmung auf dem Land
35 entgegenwirken. Voraussetzung dafür ist allerdings eine durchgängig modernisierte und
36 leistungsfähige Infrastruktur.

3. Stadtentwicklung: Übergangsweise nachverdichten. Aber Bausünden verhindern.

Neu zu schaffende Stadtbezirke müssen nach den neuesten Erkenntnissen der Stadtplanung gestaltet werden.

Beim Verdichten und Modernisieren von Stadtbezirken sollen Wohnen, Arbeit, Gewerbe, Bildung, Kultur, Unterhaltung, Konsum, Natur, soziale Einrichtungen, das Zusammenleben der Generationen und der Bevölkerungsschichten, der Umweltschutz, die öffentliche und private Versorgung und der Verkehr miteinander verbunden und von Anfang an umfassend geplant werden. Die AfD bekennt sich zur strikten Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Bundesstiftung Baukultur gemäß dem Bericht 2014/15, lehnt jedoch die Energiewende selbst und daher auch die damit verbundenen Empfehlungen ab.

Eine Nachverdichtung von Wohngebieten soll nur solange zulässig sein, bis die Fehlentwicklungen am Wohnungsmarkt beseitigt sind. Ansonsten behält das Vorbeschriebene aber auch bei der geregelten Erweiterung der Städte Gültigkeit. Eine städtebaulich sinnvolle Entlastung der Immobiliennachfrage lässt sich nur durch nachträgliche Verdichtung von locker bebauten Bezirken und durch Aufstocken, Umnutzen und Schließen von Baulücken erreichen. Erst nachrangig dazu ist der Bau neuer Stadtbezirke anzustreben, es sei denn ausreichend Erweiterungsflächen sind vorhanden. Als wichtiges Hilfsmittel bei der Nachverdichtung kann auch ein Wiedereinführen der Staffelbauordnung dienen. Allerdings muss sie anders als früher in der Nachkriegszeit nun stadtplanerisch optimal ausgestaltet sein, um die Wiederholung alter Bausünden in Gestalt „riesiger Betonklötze“ zu verhindern.

XXVI. Infrastruktur und Verkehr

Voranschreitender Verfall kennzeichnet den Zustand vieler öffentlicher Bauten - sowohl im Verkehrswegenetz (Straßen, Brücken, Schienen, Leitungs- und Datennetze), als auch beim öffentlichen Hochbau (Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, Behördenbauten, Sportanlagen usw.). Die öffentliche Ver- und Entsorgung leidet bei Strom, Wasser, Gas, Fernwärme, Abwasser, Straßendienst, Stadtreinigung und Grünpflege unter Verfall und Planungschaos. Nach jahrelangen substanzgefährdenden Einsparungen ist ein massiver Investitionsstau eingetreten.

1. Investitionen: Werterhalt vor Modernisierung und Neubau.

Bei der Reparatur und Modernisierung wollen wir die Kommunen in die länderübergreifende Gesamtplanung einbinden. Priorität hat der Werterhalt vor der Modernisierung und dem Neubau.

Entscheidungen für Neubauprojekte dürfen erst nach vorausgegangener umfassender Bedarfsplanung und nach unparteiischer Fachprüfung und Kostenprüfung gefällt werden.

1 Vorrang müssen fachlich begründete Entscheidungen haben, die durch die Politik
2 anzuerkennen sind.

3 Interventionen in die technische Projektabwicklung durch Politiker sind konsequent zu
4 unterbinden. Die Politik ist ausschließlich im Vorfeld der Planungen für die Formulierung des
5 Bedarfs und des Projektumfanges verantwortlich. Die mangelhafte Personalausstattung bei
6 den öffentlichen Fachbehörden ist umgehend zu beseitigen.

7 **2. Öffentlich-Privat-Projekte: Transparenz statt Lobby.**

8 Die Rechnungshöfe sind bei öffentlichen Bauvorhaben und Öffentlich-Privat-Projekten
9 (ÖPP) gesetzlich zwingend mit einer dreistufigen (projektvorbereitenden,
10 planungsbegleitenden und baubegleitenden) fachtechnischen Prüfung und
11 Kostenüberwachung zu beauftragen. Zu erwägen ist der Aufbau eines steuergünstigen
12 deutschlandweiten Investitionsfonds oder Anleihefonds zur Finanzierung von Infrastruktur-
13 Investitionen unter Beteiligung der Öffentlichen Hand, der Wirtschaft, Versicherungen und
14 privaten Anteilseignern. Die Fondsverwaltung muss in transparenten und demokratischen
15 Strukturen organisiert sein.

16 Wegen der bei ÖPP-Projekten bei der öffentlichen Hand verbleibenden Risiko- und
17 Garantiepfllichten, sind besondere Schutz- und Vorsorgemaßnahmen bei der
18 Entscheidungsfindung erforderlich. Hohe Beraterkosten, private Schiedsgerichtsverfahren,
19 mangelnde Qualitätskontrollen und Lobby-Zugehörigkeit bei den Beratern sind ebenfalls
20 abzulehnen.

21 Unternehmen der Öffentlichen Versorgung und der Daseinsvorsorge müssen in
22 transparenten und demokratischen Strukturen organisiert werden. Die Leistungen sind an
23 die Bürger grundsätzlich zu Gestehungspreisen abzugeben. Betriebsüberschüsse,
24 Kapitalrücklagen oder Konzessionsabgaben dürfen keinesfalls als versteckte Steuern dem
25 Konsolidieren von Haushalten dienen, sondern müssen für Reparaturen, Modernisierungen
26 und Neuinvestitionen eingesetzt werden.

27 **3. Straßen- und Schienennetz : Substanz erhalten.**

28 Die Reparatur, der Werterhalt, und die Beseitigung von Engpässen in Straßen und
29 Schienennetzen haben im Verkehrsbereich Vorrang vor spektakulären Großprojekten.

30 Verkehrswegegroßprojekte sind aus Kostengründen nicht an private Konsortien zu
31 übergeben, sondern von der öffentlichen Hand auszuschreiben und zu realisieren. Bei
32 einzelnen Großprojekten wie Flughäfen usw., die nicht im Routinebereich eines
33 eingespielten Straßenbaureferates liegen, ist jedoch so weit wie möglich Know-How von
34 außen einzubauen und somit Ergänzungsarbeit auszulagern.

35 Eine großräumige europaweite Verkehrsplanung für Straßen, Schienen, Wasserwege und
36 im Luftverkehr ist in einen ständig fortzuschreibenden Bundes-Verkehrswegeplan

1 einzubinden. Dieser Plan darf nicht an den nationalen Interessen einzelner EU-
2 Mitgliedsstaaten, denen der Länder oder denen von Politikern ausgerichtet werden.

3 Der grenzüberschreitende Verkehr, der groß- und kleinräumige Güterverkehr, der
4 öffentliche, der private und der individuelle Personennah- und Fernverkehr, auch der
5 Fußgänger- und Radverkehr sind von Beginn an in allen Planungen zu integrieren.

6 **4. Verkehr: Auf Schiene und Wasser verlagern.**

7 Die AfD tritt dafür ein, die Straßen, so weit als möglich, vom grenzüberschreitenden
8 Massentransport schwerer Güter zu entlasten und diese auf die Schiene und auf
9 Wasserstraßen zu verlagern.

10 Schienennetze und Bahnstationen sind dringend für den schnellen Personenfernverkehr, für
11 den Gütertransport, für schnellen Güterumschlag sowie für Lärmschutz zu ertüchtigen und
12 zu modernisieren.

13 Die Straßennutzungsgebühren für schwere LKW müssen nach der tatsächlichen
14 Fahrbahnbelastung und dem Fahrbahn-Zerstörungsgrad durch schwere Achslasten erhoben
15 werden. Das Erhebungssystem lässt sich vereinfachen, indem die tatsächlich gefahrenen
16 Gesamtkilometer und die Fahrzeugklassen im Erhebungszeitraum erfasst werden.

17 Die AfD ist strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und
18 vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein individueller Umstieg auf den öffentlichen
19 Nah- und Fernverkehr erzwungen werden soll.

20 Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und mit immer
21 unsinnigeren Geschwindigkeitsbeschränkungen (Lärm, Feinstaub) behindert. Die
22 Kommunen nutzen dies dann vorrangig als zusätzliche Einnahmequelle. Bald droht auch ein
23 allgemeines Tempolimit auf allen Autobahnen. Die AfD fordert „Freie Fahrt für freie Bürger“
24 und lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab. Kein
25 Tempolimit auf Autobahnen, 100 km/h auf Landstraßen und 50 km/h innerorts auf allen
26 Durchgangsstraßen, jederzeit.

27 Das Erforschen, Entwickeln und Fördern moderner Verkehrsstrukturen und
28 Verkehrssysteme sowie von neuartigen Verkehrslenk- und Leitsystemen muss für eine
29 moderne Verkehrspolitik ständige Begleitung und zentrale Aufgabe werden.

2 D. Inhalt

3	A. Präambel: Wofür wir stehen	1
4	B. Die Kernanliegen der AfD	4
5	I. Ein selbstbewusstes, demokratisches und freies Deutschland in Europa und der Welt ..	4
6	1. Demokratie: Volksabstimmungen. Nach Schweizer Vorbild.	4
7	2. Rechtsstaat: Recht durchsetzen. Bürger schützen. Freiheit verteidigen.....	5
8	3. Deutschland: Nationale Interessen. Außenpolitisch im Mittelpunkt.....	5
9	4. Europäische Union: Europa der Vaterländer. Statt Bundestaat.....	6
10	5. Euro: Rettungspolitik beenden. Über den Euro abstimmen.....	6
11	II. Ein Ruck muss durch Deutschland gehen	10
12	1. Staat: Stark in den Kernkompetenzen. Für den Bürger.	10
13	2. Wettbewerb: Schafft Freiheit. Sicher Chancen und Wohlstand.	10
14	3. Steuern: Gerecht durch AfD-Stufentarif. Grundfreibetrag erhöhen.	11
15	4. Familie: Keimzelle unserer Gesellschaft. Unter dem Schutz des Grundgesetzes..	11
16	5. Innere Sicherheit: Polizei stärken. Strafjustiz verbessern.....	12
17	6. Asyl: Aufnahme sofort stoppen. Aufnahmezentren außerhalb Europas.	
18	Institutsgarantie statt Grundrecht.	12
19	7. Rückführung: Ausreisepflicht durchsetzen. Konsequenz.	13
20	8. Islam: Gehört nicht zu Deutschland.	14
21	9. Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden. Umwelt schützen.	14
22	10. Erneuerbare-Energien-Gesetz: Abschaffen. Nicht reformierbar.....	15
23	C. Unser Programm im Detail	17
24	I. Die Leitkultur	17
25	1. Unser Menschenbild: Der Mensch ist frei.	17
26	2. Unser Politikverständnis: Common Sense. Mündige Bürger.	18
27	3. Unsere Gesellschaft: Tradition, Ehe und Familie. Bewahren.....	18
28	4. Unser Staat: Ordnungsrahmen. Für Frieden und Freiheit.....	18
29	5. Unsere Marktwirtschaft: Frei. Nach Ludwig Erhard.	18
30	6. Unsere Werte: Bürgerliche Tugenden. Patriotismus. Schöpfung.....	19
31	II. Die Macht der Parteien begrenzen	19
32	1. Neutrale Institutionen: Weisungsfreie Staatsanwälte. Unabhängige Richter.	
33	Parteiferne Rechnungshöfe.	19
34	2. Amt und Mandat: Voneinander trennen.....	19
35	3. Direkte Demokratie: Referenden und Gesetzesinitiativen.	20
36	4. Parteien: Macht beschneiden. Finanzierung begrenzen.....	21
37	5. Listenwahl: Kumulieren, panaschieren und streichen.....	22
38	6. Berufspolitik: Amtszeit begrenzen.	22
39	7. Nebentätigkeiten: Regeln verschärfen. Lobbyismus kontrollieren.	22
40	III. Deutschland als souveräner und wehrhafter Staat.....	23
41	1. Wider die EU-Zentralisierung: Zurück zur Wirtschaftsgemeinschaft.	23
42	2. Europa: Ein flexibles Netzwerk. Vielfältig und bunt.....	24
43	3. Außenpolitik: Vereinte Nationen stärken. NATO beschränken.	24
44	4. Bundeswehr: Für unsere Sicherheit. Garantiert.	26
45	5. Allgemeinen Wehrpflicht: Wiedereinsetzen.	26
46	IV. Internationale Wirtschaftspolitik neu ausrichten.....	27
47	1. Außenwirtschaftspolitik: Hohe Standards für Handelsabkommen.	27
48	2. Entwicklungshilfe: Hilfe zur Selbsthilfe.	28
49	V. Nationale Finanzen und Wirtschaft neu ordnen.....	29
50	1. Staatlicher Ordnungsrahmen: Klare Regeln für die Marktwirtschaft.	29
51	2. Subventionen und Staatseigentum: Dschungel lichten. Privatisierungen	
52	demokratisieren.	30

1	3. Steuern und Abgaben: Obergrenze ins Grundgesetz.....	30
2	4. Steuerrecht: Familiensplitting ja. Erbschaft- und Gewerbesteuer nein.....	30
3	5. Steuer- und Bankgeheimnis: Wiederherstellen. Kein gläserner Untertan.	31
4	6. Bund, Länder und Föderalismus: Aufgaben klar teilen. Finanzierung neu regeln.	
5	Wettbewerb herstellen. Mobilität nicht bestrafen.	31
6	7. Staatshaushalt: Schulden abbauen. Nicht nur relativ. Auch absolut.	32
7	8. Bargeld: Nicht abschaffen. Niemals.	32
8	9. Geldsystem: Grundsätzlich überdenken. Gold heimholen.	33
9	10. Bankenunion: Danke, nein.	33
10	VI. Soziale Sicherheit in Not und Alter	34
11	1. Arbeit: ALG I maßgeschneidert.	35
12	2. Aktivierende Grundsicherung: Arbeit, die sich lohnt. Anstatt ALG II.	35
13	3. Rente: Kinder und Erziehung berücksichtigen. Flexibilität im Alter.	35
14	4. Unfall: Flexiblere Lösungen finden.	36
15	5. Pflege: Die Familie nicht länger benachteiligen.	36
16	VII. Arbeitsmarkt weniger verwalten und mehr befreien.....	37
17	1. Bundesagentur für Arbeit: Auflösen. Kommunale Jobcenter aufwerten.....	37
18	2. Mindestlohn: Schützt Schwache. Beibehalten.....	37
19	VIII. Deutschlands Mittelstand ist das Herz unserer Wirtschaftskraft	37
20	IX. Familien sind das Herz unserer Gesellschaft und die Lösung für das	
21	Demographieproblem	38
22	1. Demographische Lücke: Familien fördern. Keine Masseneinwanderung.	38
23	2. Familienpolitik: Steuern und Abgaben für Familien senken.	40
24	3. Potentiale heben: Arbeitslose reintegrieren. Abwanderung vermeiden.....	40
25	4. Kinder: Brauchen Bindung. Diskriminierung der Vollzeit-Mütter stoppen.....	40
26	5. Vater und Mutter: Das Beste für das Kindeswohl.	41
27	6. Lebensrecht: Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene.	42
28	X. Zuwanderung, Kosten, Integration und die deutsche Staatsangehörigkeit nur als	
29	krönender Abschluss.....	42
30	1. Legale Einwanderung: Nach kanadischem Vorbild regeln.....	42
31	2. Kosten der Zuwanderung: Transparent machen.	43
32	3. Die Zahl der SGB II-Empfänger wird nicht aufgeschlüsselt nach	
33	Staatsangehörigkeiten und ist geheim. Die AfD von der Agentur für Arbeit fordert	
34	vollständige Transparenz. Kriminalitätsstatistiken: Nichts verschleiern. Auch nicht den	
35	Migrationshintergrund.	43
36	4. Integration: Bringschuld. Mehr als nur Deutsch zu lernen.	44
37	5. Staatsangehörigkeit: Abschluss gelungener Integration. Nicht der Anfang.....	44
38	XI. Bürgerrechte nicht als staatliche Almosen für Untertanen	44
39	XII. Mit sicherheitspolitischem Befreiungsschlag die Kriminalität bekämpfen.....	45
40	1. Polizei: Deutlich stärken, härtere Strafen bei Angriffen auf Amtspersonen.....	45
41	2. Opferschutz: Statt Täterschutz.....	46
42	3. Waffenrecht: Keine Kriminalisierung unbescholtener Bürger.....	46
43	4. Datenschutz: Nicht für Täter, aber sonst für alle.	46
44	5. Organisierte Kriminalität: Gewinne abschöpfen. Nachhaltig bekämpfen.....	47
45	6. Drogenhandel: Schwarzmarkt austrocknen, Abhängigen helfen.	47
46	XIII. Unabhängige und effiziente Justiz als Standortvorteil.....	47
47	1. Staatsanwälte: Müssen weisungsfrei sein. Schluss mit politischer Einflussnahme.....	47
48	2. Zivil- und Fachgerichte: Wichtiger Standortfaktor.	48
49	XIV. Energiewende mit nüchternen Augen sehen.....	48
50	1. EnEV und EEWärmeG: Sind Milliardengräber. Abschaffen. Zum Schutz von	
51	Mietern und Eigentümern.....	48
52	2. Biomasse: Subventionen beenden. Vorrang einspeisung einstellen.	49
53	3. Fracking: Risiken und Chancen erforschen. Dann Bürgerentscheid.....	49
54	4. Kernenergie: Alternativen erforschen. Bis dahin Laufzeitverlängerung. Strom darf	
55	kein Luxus sein.	50

1	XV. Unsere Kultur, Sprache und Identität bewahren.....	50
2	1. Deutsches Kulturerbe: Anerkennen. Erhalten. Weiterentwickeln.....	50
3	2. Kulturelle Identität: Als Leitkultur selbstbewusst verteidigen. Multikulti verwerfen.	51
4	3. Deutsche Sprache: Zentrum der Identität. Nicht internationalisieren. Nicht gendern.	51
5		
6	4. Kulturpolitik: Ideologie, Parteien und Staat zurückdrängen	51
7	5. Gender Mainstreaming: Schluss mit Umerziehungslobby.	52
8	6. Theater und Museen: Weniger Kultursubventionen. Mehr Länderkompetenz.	52
9	XVI. Der Islam im Spannungsverhältnis zu unserer freiheitlich-demokratischen	
10	Werteordnung.....	52
11	1. Aufklärung: Kritik am Islam ist zulässig. Und nicht islamophob.	52
12	2. Moscheen: Schluss mit Auslandsfinanzierung, Minarett und Muezzin.	53
13	3. Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft: Nicht für islamische Organisationen.	53
14	4. Burka und Niqab: Verbot in Öffentlichkeit und öffentlichem Dienst.	54
15	5. Beschneidung: Verletzt die körperliche Unversehrtheit	54
16	6. Schächten: Nicht ohne Betäubung.....	54
17	XVII. Vielfältige Medien statt gelenkter Meinung	54
18	1. Presse- und Meinungsfreiheit: In Gefahr.	54
19	2. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Privatisieren. GEZ abschaffen.	55
20	3. Internet: Jugendschutz beachten. Aber wider jede Zensur.....	55
21	XVIII. Zurück zum Erfolgsmodell Universität	55
22	1. Forschung und Lehre: Als Einheit und in Freiheit.	55
23	2. Hochschulen: Autonomie durch Grundfinanzierung stärken. Ideologisierte Drittmittel	
24	streichen.	55
25	3. "Gender-Forschung": Unwissenschaftlich. Kein Cent dafür.	56
26	4. Studienabschlüsse: Diplom, Magister und Staatsexamen wieder einführen.	56
27	5. Studienanforderungen: Niveau heben. Nicht senken.	56
28	XIX. Bildung und Schule	56
29	1. Schulsystem: Dreigliedrig erhalten. Abschlüsse stärken. Standards erhöhen.	56
30	2. Schulalltag: Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken.	57
31	3. Bildungsinhalte: Erziehung zur Eigenverantwortlichkeit. Keine ideologische	
32	Indoktrination.	57
33	4. Berufliche Bildung: Duale Ausbildung stärken. Wert von Fach- und Meisterschulen	
34	erkennen.....	58
35	5. Förder- und Sonderschulsystem: Erhalten.	58
36	6. Islamunterricht: Nur von Absolventen deutscher Universitäten. Koranschulen	
37	schließen.	58
38	XX. Nein zu Gender Mainstreaming, staatlich verordneter Gleichmacherei und	
39	Frühsexualisierung	58
40	XXI. Digitale Welt - Bürger und Verwaltung, Staat und Wirtschaft.....	59
41	1. Datenschutz: Mehr Kontrolle über die eigenen Daten.	59
42	2. Verwaltung im 21. Jahrhundert: Quelloffene Software und Verschlüsselung	
43	einsetzen. Staats-Trojaner ist Rechtsbruch.....	60
44	3. Digitalisierung von Literatur.....	60
45	XXII. Verbraucherschutz ist Information anstatt Verschleierung.....	61
46	XXIII. Landwirtschaft, Fischerei, Forst, Jagd und Flächenkonkurrenz.....	62
47	1. Landwirtschaft: Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen.	62
48	2. Fischerei, Forst und Jagd: Nah an der Natur.....	62
49	3. Flächenkonkurrenz: Nicht zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft.	62
50	XXIV. Mensch und Tier in Natur und Umwelt.....	63
51	1. Natürliche Ressourcen: Schützen wir. Weil wir es uns wert sind.	63
52	2. Gentechnik: Reglementieren. Streng.	63
53	XXV. Stadt und Land	63
54	1. Ländlicher Raum: Ihm eine Perspektive geben.	63
55	2. Wohnungspolitik: Baurecht aufräumen. Wohnraum schaffen.	65

1	3. Stadtentwicklung: Übergangsweise nachverdichten. Aber Bausünden verhindern.	66
2	XXVI. Infrastruktur und Verkehr	66
3	1. Investitionen: Werterhalt vor Modernisierung und Neubau.	66
4	2. Öffentlich-Privat-Projekte: Transparenz statt Lobby.	67
5	3. Straßen- und Schienennetz : Substanz erhalten.	67
6	4. Verkehr: Auf Schiene und Wasser verlagern.....	68
7	D. Inhalt	69
8		